

## **Substanzielles Protokoll 13. Sitzung des Gemeinderats von Zürich**

Mittwoch, 31. August 2022, 17.00 Uhr bis 19.59 Uhr, in der Halle 9  
in Zürich-Oerlikon

---

Vorsitz: Präsident Matthias Probst (Grüne)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Heidi Egger (SP)

Substanzielles Protokoll: Anaïs Rufer

Anwesend: 115 Mitglieder

Abwesend: Sanija Ameti (GLP), Nadina Diday (SP), Mélissa Dufournet (FDP), Selina Frey (GLP), Rahel Habegger (SP), Dr. Roland Hohmann (Grüne), Serap Kahriman (GLP), Felix Moser (Grüne), Martina Novak (GLP), Sebastian Zopfi (SVP)

---

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- |    |                          |   |     |
|----|--------------------------|---|-----|
| 1. |                          | Mitteilungen  |     |
| 2. | <a href="#">2022/358</a> | * Weisung vom 14.07.2022:<br>Finanzdepartement, Verordnung über die Umsetzung von § 49b Planungs- und Baugesetz (UmV § 49b PBG), Neuerlass  | FV  |
| 3. | <a href="#">2022/359</a> | * Weisung vom 14.07.2022:<br>Amt für Städtebau, Teilrevision Bau- und Zonenordnung, Änderung der Bauordnung «Einführung von Mindestanteilen an preisgünstigen Wohnraum bei Arealüberbauungen»         | VHB |
| 4. | <a href="#">2022/340</a> | * Postulat von Anna Graff (SP), Selina Frey (GLP) und 2 Mitunterzeichnenden vom 13.07.2022:<br>Entwicklung und Stärkung niederschwelliger Angebote in den Quartieren im Bereich Lastentransporte      | VTE |
| 5. | <a href="#">2022/341</a> | * Postulat von Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) und Selina Frey (GLP) vom 13.07.2022:<br>Beschränkung der Höhe des neuen Seerestaurants auf die Gebäudehöhe des zu ersetzenden Kiosks                  | VHB |
| 6. | <a href="#">2022/344</a> | * Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Johann Widmer (SVP) vom 13.07.2022:<br>Unterstützung der von ukrainischen Geflüchteten betriebenen Schule «Mriya» bis zum Ende des russischen Angriffskriegs | VS  |

7.	<a href="#">2022/346</a>	* E	Postulat von Walter Anken (SVP) und Samuel Balsiger (SVP) vom 13.07.2022: Städtische Verpflegungsbetriebe, ausschliessliches Angebot von regionalen Lebensmitteln	VGU
8.	<a href="#">2022/347</a>	* E	Postulat von Roger Bartholdi (SVP) und Walter Anken (SVP) vom 13.07.2022: Extensive Bewirtschaftung wenig genutzter Rasenflächen und Bachläufen	VTE
9.	<a href="#">2022/354</a>	* E	Postulat von Brigitte Fürer (Grüne) und Jürg Rauser (Grüne) vom 13.07.2022: Umsetzungsvorlage zur Volksinitiative «Seerestaurant», Einhaltung bestimmter Eckwerte im Rahmen der zu erstellenden Machbarkeitsstudie	VHB
10.	<a href="#">2022/353</a>	* E	Postulat von Florine Angele (GLP), Tanja Maag Sturzenegger (AL) und 3 Mitunterzeichnenden vom 13.07.2022: Pikettenschädigung für Hebammen, die in eigener fachlicher Verantwortung Wöchnerinnen betreuen	VGU
11.	<a href="#">2022/325</a>	* A	Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 06.07.2022: Sofortiger Abbruch des Projekts «Brings uf d'Strass!»	VTE
12.	<a href="#">2022/208</a>		Bericht der Ombudsstelle für das Jahr 2021	OMB
13.	<a href="#">2022/169</a>		Weisung vom 11.05.2022: Präsidialdepartement, Verein Zürcher Volksfeste, wiederkehrender Beitrag ab 2023, Aufhebung GR Nrn. 2009/136 und 2018/371	STP
14.	<a href="#">2022/251</a>	E/A	Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Markus Knauss (Grüne) vom 15.06.2022: Züri Fäscht, innovative Konzepte und Prozesse hinsichtlich der städtischen Klimaziele	STP
15.	<a href="#">2022/265</a>	E	Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Liv Mahrer (SP) vom 22.06.2022: Züri Fäscht, Umsetzung einer Pflicht zur Verwendung von Mehrweggeschirr oder Einweggeschirr mit geringer Umweltbelastung	STP
16.	<a href="#">2022/371</a>	E	Postulat der SP- und Grüne-Fraktion vom 24.08.2022: Züri Fäscht, Ersetzung der Feuerwerke durch innovative und umweltfreundliche Alternativen	STP
18.	<a href="#">2022/261</a>	E	Dringliches Postulat von Lisa Diggelmann (SP), Anna Graff (SP) und 6 Mitunterzeichnenden vom 22.06.2022: Übernahme der Gebühren für die Umwandlung des Zivilstands bei eingetragenen Partnerschaften in Ehen	STP

19. [2022/315](#) E Dringliche Motion von Jehuda Spielman (FDP), Walter Angst (AL) und 8 Mitunterzeichnenden vom 06.07.2022: Investitions- und Betriebsbeitrag zur Sicherstellung und Förderung des Museums «Schauplatz Brunngasse» STP
20. [2021/439](#) E/A Postulat von Reis Luzhnica (SP) und Marco Geissbühler (SP) vom 10.11.2021: Prüfung allfälliger Nutzungskonflikte auf dem Friedhof Sihlfeld und Erhalt des Areals als Freiraum und zur Erholung für die Quartierbevölkerung STP

\* Keine materielle Behandlung

## Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

### 508. **2022/335** **Ratsmitglied Regula Fischer Svosve (AL); Rücktritt**

Der Ratspräsident gibt den Rücktritt von Regula Fischer Svosve (AL 10) auf den 31. August 2022 bekannt und würdigt ihre Amtstätigkeit.

An der nachfolgenden Fraktionserklärung werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

### 509. **2022/399** **Erklärung der AL-Fraktion vom 31.08.2022:** **Umstrukturierungsmassnahmen am Stadtpital Triemli**

Namens der AL-Fraktion verliest Tanja Maag Sturzenegger (AL) folgende Fraktionserklärung:

Fraktionserklärung der AL: Auf das Personal hören!

Kurz vor den Sommerferien führte eine geplante Umstrukturierungsmassnahme (eine Zusammenlegung von zwei sich auf demselben Stock befindlichen Stationen der medizinischen Klinik) am Stadtpital Triemli zu starkem Widerstand eines Pflorgeteams. Ein betroffenes Team hat sich an Andreas Hauri und an uns Gemeinderät:innen der SK GUD gewandt.

Dass sich Widerstand formiert, dass eine Gruppe von 16 Pflegefachpersonen beschliesst, derart in die Offensive zu gehen, ist nichts Alltägliches! Bis eine solche Dynamik auftritt, braucht es sehr viel. Warum? Pflegefachleute haben, wie andere Berufsleute, die nahe mit Menschen arbeiten, ein sehr ausgeprägtes Berufsethos. Pflegenden haben hohe moralische Anforderungen an sich selbst, wie sie ihre Patient:innen und Bewohner:innen versorgen möchten. Für das Patient:innen-Wohl werden oft und lange widrige Umstände ausgehalten, mitgetragen und kompensiert. Dieses moralische Verantwortungsgefühl wird ausgenutzt! Nicht aus Bösartigkeit, sondern einfach, weil die Erfahrung zeigt, dass das Tagesgeschäft von den Beschäftigten an der Basis selbstverständlich und pflichtbewusst bewältigt wird.

Im Rahmen des Projekts Shared Governance wurden schon auf anderen Stockwerken Grossstationen gebildet. Um die Kritikpunkte an Grossstationen an sich zu formulieren, benötigen wir die Stellungnahmen der

Spitaldirektion, die zum Teil bereits erfolgt sind. Wir werden diese weiterhin einfordern, um uns vom Verdacht zu befreien, dass finanzielle Aspekte höher gewichtet werden als der Anspruch auf eine qualitativ hochstehende Patient:innen-Versorgung. Der Personalbestand konnte durch das Projekt bisher nicht nach oben korrigiert werden. Das lässt sich mit Bestimmtheit sagen.

Der andere Kern der Geschichte ist, dass anhaltender Widerstand der eigenen Leute gegen das Umstrukturierungs-Projekt aufzeigt, dass die Betroffenen offenbar nicht ins Boot geholt werden konnten. Wenn die Entscheidungsprozesse Mitarbeiter:innen-orientiert, und partizipativ gestaltet sind, werden keine solchen Lawinen losgetreten. Dieses Team, welches ein eingespieltes Team mit einer hohen Expertise und jahrelanger Erfahrung ist, will nicht einfach ein bisschen Radau machen! Es will uns aufrütteln! Die Betroffenen fühlen sich unverstanden und hilflos, trotz der Gespräche, die ihnen vom Stadtspital angeboten wurden. Aus ihrer Sicht werden in einer ohnehin schon sehr fragilen Personallage Destabilisierungen durch Umstrukturierung von funktionierenden Pflegeeinheiten in Kauf genommen, obwohl erwiesen ist, dass sich das Zusammenspiel in einem routinierten Team positiv auf die Pflegequalität und Mitarbeiter:innen-Zufriedenheit auswirkt. Ordnen wir den Widerstand der Pflegenden in die Zeit ein, muss es uns umso verständlicher erscheinen, dass es äusserst frustrierend ist, wenn nach Bewältigung der Pandemieeinsätze die Scheinwerfer wieder ausgeschaltet werden und die Menschen, die weiterhin das Tagesgeschäft bewältigen, Angst haben müssen, vergessen zu werden.

Das Stadtspital läuft Gefahr, erfahrene Fachkräfte mit Knowhow in medizinischen Spezialgebieten zu verlieren. Wir können uns das nicht leisten! Wir alle werden ausbaden müssen, was wir heute an jeglichen Bestrebungen versäumen, die Arbeitsbedingungen in unseren Spitälern, Gesundheitszentren und in der ambulanten Versorgung auf eine solide Basis zu stellen. Wir erwarten, dass der Stadtrat, die Situation- und die weitere Entwicklung am Stadtspital prüft!

Wir rufen Sie dazu auf, mit Ihren Möglichkeiten und Ihren Bemühungen die Pflege zu stärken!

### **Persönliche Erklärungen:**

Samuel Balsiger (SVP) hält eine persönliche Erklärung zur Bewältigung der Energiekrise.

Andreas Kirstein (AL) hält eine persönliche Erklärung zu den Ursachen der Energiekrise.

### **G e s c h ä f t e**

#### **510. 2022/358**

##### **Weisung vom 14.07.2022:**

##### **Finanzdepartement, Verordnung über die Umsetzung von § 49b Planungs- und Baugesetz (UmV § 49b PBG), Neuerlass**

Die Zuweisung an die SK FD gemäss Antrag des Stadtrats war an der Sitzung der Geschäftsleitung vom 29. August 2022 umstritten.

**Walter Angst (AL)** stellt namens der AL-Fraktion den Antrag auf Zuweisung an die SK HBD/SE: Das Geschäft ist ein integraler Bestandteil des zweiten Geschäfts, der Änderung der Bau- und Zonenordnung (BZO). In diesem Geschäft geht es nicht um Wohnbaupolitik. Es geht darum, wie Private mit Auflagen den Bau von preisgünstigen Wohnungen umsetzen müssen. Der Kanton hat aufgetragen, die Belegungsvorschriften zu definieren und Vorlagen umzusetzen. Es war nicht der Auftrag, die Mietzinsfestsetzung während der Mietdauer zu kontrollieren. Der Stadtrat kam auf die Idee, die Vermietungsverordnung ins Reglement zu schreiben. Mietzinskontrollen durchzuführen, behindert

*die Umsetzung des neuen Modells. Ich bitte Sie, das Geschäft der SK HBD/SE zuzuweisen, damit eine integrale Diskussion über die Umsetzung von § 49b stattfinden kann.*

Der Rat lehnt den Antrag des Stadtrats mit 49 gegen 61 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

Damit ist das Geschäft der SK HBD/SE überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

**511. 2022/359**

**Weisung vom 14.07.2022:**

**Amt für Städtebau, Teilrevision Bau- und Zonenordnung, Änderung der Bauordnung «Einführung von Mindestanteilen an preisgünstigem Wohnraum bei Arealüberbauungen»**

Zuweisung an die SK HBD/SE gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom 29. August 2022

**512. 2022/340**

**Postulat von Anna Graff (SP), Selina Frey (GLP) und 2 Mitunterzeichnenden vom 13.07.2022:**

**Entwicklung und Stärkung niederschwelliger Angebote in den Quartieren im Bereich Lastentransporte**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roger Bartholdi (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

**513. 2022/341**

**Postulat von Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) und Selina Frey (GLP) vom 13.07.2022:**

**Beschränkung der Höhe des neuen Seerestaurants auf die Gebäudehöhe des zu ersetzenden Kiosks**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Karin Weyermann (Die Mitte) stellt namens der Die Mitte/EVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

**514. 2022/344**  
**Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Johann Widmer (SVP) vom 13.07.2022:**  
**Unterstützung der von ukrainischen Geflüchteten betriebenen Schule «Mriya» bis**  
**zum Ende des russischen Angriffskriegs**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Es wird weder ein Ablehnungs- noch ein Textänderungsantrag gestellt.

Damit ist das Postulat dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

**515. 2022/346**  
**Postulat von Walter Anken (SVP) und Samuel Balsiger (SVP) vom 13.07.2022:**  
**Städtische Verpflegungsbetriebe, ausschliessliches Angebot von regionalen**  
**Lebensmitteln**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Martina Zürcher (FDP) stellt namens der FDP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

**516. 2022/347**  
**Postulat von Roger Bartholdi (SVP) und Walter Anken (SVP) vom 13.07.2022:**  
**Extensive Bewirtschaftung wenig genutzter Rasenflächen und Bachläufen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Es wird weder ein Ablehnungs- noch ein Textänderungsantrag gestellt.

Damit ist das Postulat dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

**517. 2022/354**  
**Postulat von Brigitte Fürer (Grüne) und Jürg Rauser (Grüne) vom 13.07.2022:**  
**Umsetzungsvorlage zur Volksinitiative «Seerestaurant», Einhaltung bestimmter**  
**Eckwerte im Rahmen der zu erstellenden Machbarkeitsstudie**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roger Suter (FDP) stellt namens der FDP-Fraktion einen Textänderungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

**518. 2022/353**  
**Postulat von Florine Angele (GLP), Tanja Maag Sturzenegger (AL) und 3 Mitunterzeichnenden vom 13.07.2022:**  
**Pikettentschädigung für Hebammen, die in eigener fachlicher Verantwortung Wöchnerinnen betreuen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Elisabeth Schoch (FDP) stellt namens der FDP-Fraktion einen Textänderungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Florine Angele (GLP) vom 24. August 2022 (vergleiche Beschluss-Nr. 440/2022).

Die Dringlicherklärung wird von 92 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 63 Stimmen gemäss Art. 124 Abs. 2 GeschO GR erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

**519. 2022/325**  
**Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 06.07.2022:**  
**Sofortiger Abbruch des Projekts «Brings uf d'Strass!»**

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Samuel Balsiger (SVP) vom 24. August 2022 (vergleiche Beschluss-Nr. 439/2022)

Die Dringlicherklärung wird von 30 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 63 Stimmen gemäss Art. 124 Abs. 2 GeschO GR nicht erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

**520. 2022/208**  
**Bericht der Ombudsstelle für das Jahr 2021**

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) hat den Bericht der Ombudsstelle für das Jahr 2021 in Anwendung von Art. 63 Abs. 1 lit. d der Geschäftsordnung des Gemeinderats geprüft (vgl. Bericht und Antrag der GPK vom 11. Juli 2022).

Referentin zur Vorstellung des Berichts / Kommissionsreferentin:

**Maleica Landolt (GLP):** Die Ombudsstelle wurde im November 1971 eingerichtet. Das Jahr 2021 war ein wichtiges Jubiläumsjahr mit dem 50. Geschäftsbericht der Ombudsstelle. Neben dem Rückblick auf das Tätigkeitsjahr 2021 und die Jubiläumsanlässe, hat sich der Ombudsmann mit dem wichtigen Thema Rassismus auseinandergesetzt. Er erläutert differenziert das Thema und legt seine Haltung dar in Zusammenhang mit dem,

was die Stadt Zürich zum Thema Rassismus macht und wie sie tätig ist. Das Haupt- und Leitthema des Geschäftsberichts ist das Recht und seine Bindungswirkung für die Verwaltung. Eine der wichtigen Aufgaben der Ombudsstelle ist es, bei Beschwerdefällen zu prüfen, ob sich die Verwaltung der Stadt Zürich an die rechtlichen Vorgaben gehalten hat. Die Stadtverwaltung ist in Kontakt mit Bürgerinnen und Bürgern, die Anliegen hervorbringen, und ist als Arbeitgeberin, die sich an die gesetzlichen Grundlagen hält, tätig. Die gesetzlichen Grundlagen führen manchmal nicht zum einfachsten und schnellsten Weg. Der Gesetzgeber hat in manchen Fällen einen spielerischen Handlungsraum gewährleistet. Es ist möglich, dass die Verwaltung auf der Suche nach der pragmatischsten Lösung für die Beteiligten zur Ombudsstelle kommt. Rund 40 Prozent der von der Ombudsstelle behandelten Beschwerden werden von städtischen Angestellten vorgetragen. Darum hat sich der Ombudsmann beim diesjährigen Leitthema um das Stadtzürcher Personalrecht gekümmert, das einige Besonderheiten aufweist. Im Bericht werden die häufigsten personalrechtlichen Themen und Stolperfallen erläutert. Es wird jeweils die Rechtslage erläutert und der Ombudsmann legt seine Haltung dazu dar. Die zehn konkreten Fallbeispiele stehen in Zusammenhang mit der Bedeutung der gesetzlichen Grundlage, mit behandelten Problemen und Fragen und damit, wie es zu komplexen Fällen kommt. Wenn die Ombudsstelle eingreift, kann es zu guten Lösungen kommen. Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) hat sich mit dem Ombudsmann direkt ausgetauscht – über den Geschäftsbericht und über allgemeine Themen – und Fragen dazu eingereicht. Fraktionen konnten bei Bedarf ebenfalls Fragen via GPK einreichen. Der direkte Austausch gibt der GPK wichtige Hinweise über die Abläufe in den einzelnen Abteilungen der Stadt. Die GPK bedankt sich bei allen Mitarbeitenden der Ombudsstelle für die wertvollen, unermüdlichen Einsätze und die jeweils detaillierten, fristgerechten Beantwortungen von Rückfragen. Die GPK stimmt der Abnahme des Berichts einstimmig zu.

Weitere Wortmeldung:

**Mischa Schiwow (AL):** Der Bericht der Ombudsstelle ist einmal mehr eine Illustration der Nützlichkeit, die Jahresberichte haben können. Die 80-seitige Broschüre gehört in die Hände aller Verantwortlichen und Mitarbeitenden. Besondere Beachtung verdient das Kapitel zu den Stolperfallen im städtischen Personalrecht: Sehr konkret wird auf verschiedene Fragestellungen eingegangen – von der Anstellung über den Stellenbeschreibung, Zielvereinbarungsgespräche und Mobbing hin bis zum Verliebtsein am Arbeitsplatz. Nun könnte man einwenden, Human Resources Management (HRZ) verfüge über all diese Informationen und stelle sie den Dienstabteilungen zur Verfügung – das ist richtig. Die Ombudsstelle stützt sich auf Vorkommnisse, die ihr zugeteilt wurden und aufzeigen, dass es zwischen dem Personalrecht und seiner Anwendung durchaus noch Luft nach oben gibt. Ein Fallbeispiel hat mich besonders beschäftigt und bereitet mir im Hinblick auf die Wahrung der Grundrechte Sorgen. Im Fall Nummer 4 geht es um eine Mutter, die ihr zweijähriges Kind im Veloanhänger zu einer unerlaubten Demonstration mitgenommen hat. Die Polizei, die die Frau angehalten und später zur Einvernahme auf den Posten vorgeladen hat, hat eine Mitteilung wegen Kindeswohlgefährdung bei der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) gemacht. Der Ombudsmann setzte sich daraufhin mit der Frage der Verhältnismässigkeit dieser Meldung auseinander. Er kam zum Schluss, dass die Gefährdungsmeldung nicht verhältnismässig war und wies die Stadtpolizei darauf hin. Eine Kindeswohlabklärung stellt einen grossen Eingriff in die Grundrechte von Betroffenen dar und löst Angst und Verunsicherung aus. Die Stadtpolizei räumt gemäss Berichten zwar ein, dass sie Verfahrensfehler gemacht hat, folgt aber im entscheidenden Punkt nicht der Einschätzung des Ombudsmannes, der die Gefährdungsmeldung als unzulässig eingeschätzt hat. Das Fallbeispiel zeigt fast exemplarisch die Grenzen auf, die der Ombudsstelle gesetzt sind. Sie kann Probleme, Missstände und Verfehlungen transparent machen und Vorschläge formulieren, aber sie hat keine



*Befugnis diese durchzusetzen. Das wäre die Aufgabe der Politik, die die Oberaufsicht über die Verwaltungsorgane der Stadt hat und wahrnehmen muss. Ich möchte dem Ombudsmann und seinem Team für die umsichtige, mit dem notwendigen Fingerspitzengefühl und Durchsetzungsvermögen geleistete Arbeit danken. Die AL-Fraktion stimmt dem Bericht der Ombudsstelle selbstverständlich zu.*

Schlussabstimmung

Die GPK beantragt, den Bericht der Ombudsstelle für das Jahr 2021 abzunehmen.

Zustimmung: Vizepräsidentin Maleica Landolt (GLP), Referentin; Präsidentin Martina Zürcher (FDP), Sanija Ameti (GLP), Monika Bättschmann (Grüne), Angelica Eichenberger (SP), Rahel Habegger (SP), Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Simon Kälin-Werth (Grüne), Reis Luzhnica (SP), Michael Schmid (FDP), Karin Weyermann (Die Mitte)

Der Rat stimmt dem Antrag der GPK mit 108 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

Der Bericht der Ombudsstelle für das Jahr 2021 wird abgenommen.

Das Geschäft ist erledigt.

**521. 2022/169**

**Weisung vom 11.05.2022:**

**Präsidialdepartement, Verein Zürcher Volksfeste, wiederkehrender Beitrag ab 2023, Aufhebung GR Nrn. 2009/136 und 2018/371**

Ausstand: Albert Leiser (FDP)

Antrag des Stadtrats

1. Für die Organisation des «Züri Fäscht» im dreijährigen Rhythmus durch den Verein Zürcher Volksfeste wird ab dem Jahr 2023 ein wiederkehrender Beitrag von jährlich Fr. 1 250 000.– wie folgt bewilligt:
  - a) als Betriebsbeitrag: Fr. 136 000.– (Preisstand: Dezember 2021, Zürcher Index der Konsumentenpreise)
  - b) als Erlass der Kostenmiete, Gebührenerlass sowie wesentliche Eigenleistungen (einschliesslich Reserve): Fr. 1 114 000.–
2. Die Beschlüsse GR Nrn. 2009/136 und 2018/371 werden per 31. Dezember 2022 aufgehoben.

Referentin zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsmehrheit Änderungsanträge /  
Kommissionsreferentin Schlussabstimmung:

**Yasmine Bourgeois (FDP):** Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat die unbefristete Bewilligung eines jährlich wiederkehrenden Beitrags von 1 250 000 Franken ab dem Jahr 2023. Der Gesamtbeitrag beinhaltet einen Betriebsbeitrag und Erlass der Kostenmiete sowie ein Gebührenerlass und die Erbringung von wesentlichen Eigenleistungen

für den Verein Zürcher Volksfeste. Die bisherigen Rechtsgrundlagen gemäss der Beschlüsse GR Nr. 2009/136 und GR Nr. 2018/371 sollen aufgehoben werden. Aufgrund von umfassenden Massnahmen im Bereich der Nachhaltigkeit müssen höhere, wesentliche Eigenleistungen beantragt werden. Der Gesamtbetrag erhöht sich deswegen gegenüber heute um 350 000 Franken pro Jahr. Das erste Mal hat das «Züri Fäscht» wegen dem 600-Jahr-Jubiläum des Beitritts des Kantons Zürich zur Eidgenossenschaft stattgefunden. Es findet jeweils im 3-Jahres-Rhythmus statt und heisst seit den 90er-Jahren «Züri Fäscht». Der Verein Zürcher Volksfeste ist Trägerverein des «Züri Fäscht». Die Stadt delegiert je einen Vertreter oder eine Vertreterin in den Vorstand des Vereins und den Ausschuss des Organisationskomitees (OK) «Züri Fäscht». Zwischen der Stadt und dem Verein Zürcher Volksfeste besteht eine unbefristete Leistungsvereinbarung. Die Festbewilligung erteilt der Stadtrat mit verschiedenen Auflagen. Die Detailbewilligung erteilt das Sicherheitsdepartement. Das «Züri Fäscht» hätte im Jahr 2022 stattfinden sollen, wurde aber aufgrund der planerischen Unsicherheiten wegen Corona verschoben. Das darauffolgende Fest soll im Jahr 2026 stattfinden. Während drei Tagen können sich Jung und Alt am Unterhaltungsprogramm des «Züri Fäscht» vergnügen. Die Unterhaltungsmodule sind örtlich und zeitlich gut abgestimmt. Durch die abwechselnd stattfindenden Attraktionen können Massenansammlungen verhindert und Besucherströme optimal gesteuert werden. Flugshows und Feuerwerke sind dabei wichtige Pfeiler des Sicherheitskonzepts. Am «Züri Fäscht 2023» wird auf der rechten Seeseite ein weiterer Festplatz speziell für Familien und Kinder geschaffen. Der Platz wird so gestaltet, dass sich die Kinder gefahrlos vergnügen können. Für Seniorinnen und Senioren gibt es Unterhaltungsprogramme in Park- und Grünanlagen mit vielen Sitzgelegenheiten. Mit verschiedenen Institutionen wird erarbeitet, welche Bedürfnisse für Menschen mit Behinderungen wichtig sind. Das «Züri Fäscht» wird hindernisfrei. Drohnenshows werden weiterentwickelt und beim Flugprogramm wird speziell darauf geachtet, dass möglichst viele Elemente ohne Treibstoff oder mit CO<sub>2</sub>-neutralem Kraftstoff eingesetzt werden – zum Beispiel Fallschirmspringerinnen und Fallschirmspringer. Beim Züriplatz beim Strandbad Mythenquai können sich Vereine, Künstlerinnen und Künstler und weitere Interessensgruppen mit verschiedenen Angeboten präsentieren. Vereine erhalten auch die Möglichkeit, sich als Trashhero zu engagieren und so einen Beitrag in die Vereinskasse zu erhalten. Das «Züri Fäscht» generiert im Wirtschaftsraum Zürich eine direkte Wertschöpfung von 370 Millionen Franken. Es ermöglicht einer vielfältigen und breiten Branche Aufträge und Arbeitsmöglichkeiten für mehrere tausend Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Speziell nach der schwierigen Zeit der Pandemie wird das «Züri Fäscht 2023» den besonders betroffenen Event-, Gastronomie-, Hotellerie-, Markt- und Schaustellerbranchen helfen, ihre Tätigkeiten wieder aufzunehmen und dringend nötige Einnahmen zu erwirtschaften. Der Verein Zürcher Volksfeste hat sich sehr hohe Ziele Punkto Sicherheit, Qualität, Transparenz, Vielfalt, Tradition und Nachhaltigkeit gesetzt. Punkto Sicherheit werden insbesondere im Bereich Crowdmanagement grosse Anstrengungen unternommen. Bei der Qualität setzt das OK auf hochwertige Programme und Anbieter, die eine hohe Qualität gewährleisten können. Das Fest soll nicht grösser werden. Es soll transparent informiert werden: Dafür gibt es eine einheitliche Datenplattform bei allen Kanälen. Es soll allen Bevölkerungsgruppen etwas geboten werden. Die Tradition der erfolgreichen Seenachtsfeste soll erhalten bleiben, aber ein geringerer Ressourcenverbrauch und ein respektvollere Umgang mit Umwelt und Gesellschaft sichergestellt werden. Ein eigener Fachbereich Nachhaltigkeit ist geschaffen worden, um ein umfassendes Nachhaltigkeitskonzept zu erstellen. Es werden sowohl Umwelteinflüsse minimiert als auch gesellschaftliche Bedürfnisse berücksichtigt und Wertschöpfung in der Region gefördert. Konkret heisst dies, dass der CO<sub>2</sub>-Fussabdruck weiter gesenkt wird. Es wird ein Depotkonzept mit den Wertstoffen PET und Alu eingeführt. Das Abfallmanagementsystem wird stark ausgebaut und verbessert. Es werden 16 besucherfreundliche «bring back»-Punkte errichtet, an denen jeglicher Abfall getrennt und korrekt entsorgt werden kann. Es werden 22 zentrale Logistikpunkte für Markthändlerinnen und Festwirte geschaffen, wobei

eine komplette Unterstützung zum Depotsystem und zur Abfallentsorgung geboten wird. Es gibt 140 Entsorgungspunkte für Wertstoffe und Kehrriecht. Neu dazugekommen ist die Entsorgung über das Wasser. Die ganze Abfallbewirtschaftung wird durch 1500 Trasheros unterstützt. Das Essen gehört zu den Höhepunkten des «Züri Fäschts». Es wird ein kulturell vielfältiges Speiseangebot geben. Gastroprofis, aber auch innovative und motivierte Vereine und Interessengruppen haben die Möglichkeit, Speisen und Getränke anzubieten. Das OK wird bereits beim Bewerbungsverfahren für Stammplätze darauf hinweisen, dass zusätzlich vegane und vegetarische Gerichte ins Angebot aufgenommen werden sollen. Ein Drittel des Angebots soll vegetarisch oder vegan sein. Gastrokonzepte mit einem nachhaltigen Angebot werden vom OK bei der Platzvergabe bevorzugt. Mit Partnerunternehmen des OK werden nachhaltige Verpackungslösungen geprüft und alternative, ökologische Produkte evaluiert. Alle grossen Feste der Schweiz sind von der Mehrwegverpflichtung ausgenommen, weil diese sehr schwierig umzusetzen ist. Für das «Züri Fäscht» müssen 2 bis 3 Millionen Mehrwegbecher gekauft werden, die je mindestens 20-mal zu brauchen wären, damit ein biologischer Mehrwert gegenüber Einwegbechern generiert wird. Deswegen ist Entsorgung + Recycling Zürich (ERZ) froh, dass beim Einführen eines Mehrwegsystems Schritt für Schritt vorgegangen wird. Dafür braucht es eine enorme Vorbereitung. Die Einführung von Mehrwegbechern wird im Jahr 2026 erfolgen, die Einführung von Mehrweggeschirr im Jahr 2029. Die Gesundheit des Festpublikums ist dem OK ein grosses Anliegen. Mit Merkblättern werden die Mitwirkenden auf die Wichtigkeit und Einhaltung der Regeln hingewiesen. Erhöhte Aufmerksamkeit ist auch bei Hygienemassnahmen des Verkaufsteams angesagt und hat oberste Priorität. Kontrollteams der Lebensmittelbehörden werden im Einsatz sein. Verkaufsmitarbeitende sind verpflichtet, die Schulung «Jugendschutz Alkohol» zu absolvieren. Das zukünftige Fest wird noch mehr Partizipationsmöglichkeiten für die breite Bevölkerung bieten. Der Kanton hat bisher 500 000 Franken durch den Lotteriefonds beigesteuert. Für das «Züri Fäscht» wird man 300 000 Franken mehr beantragen, weil aufgrund der neuen Geldspielverordnung Einnahmen aus Kleinlotterie und Tombola faktisch behindert werden. Zu den Finanzen gab es in der Kommission keine Einwände, es gibt aber einen Antrag der Grünen, die Beiträge nur zu sprechen, wenn keine Flugshows stattfinden.

Kommissionsminderheit Änderungsanträge:

**Dr. Balz Bürgisser (Grüne):** Flugshows verherrlichen das Fliegen. Der Flugverkehr ist weltweit für einen hohen Ausstoss an Treibhausgasen verantwortlich. Gemäss den aktuellen Zahlen produziert der Flugverkehr jährlich rund 1 Milliarde Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalent. Der Anteil des Flugverkehrs an den indirekten CO<sub>2</sub>-Emissionen der Stadt Zürich beträgt 14 Prozent. Es gehen 1,4 Tonnen CO<sub>2</sub> pro Kopf und pro Jahr auf die Fliegerei zurück. Die Stadt hat sich zum Ziel gesetzt, die indirekten Treibhausgasemissionen bis ins Jahr 2040 um 30 Prozent gegenüber dem Jahr 1990 zu reduzieren. Zu dieser Zielerreichung muss der Flugverkehr beitragen. Für diese Botschaft wollen wir Grünen am «Züri Fäscht» ein Zeichen setzen. Eine Zürcher Tageszeitung hat am 29. Juni 2022 getitelt: «Fliegerei setzt dem Klima noch stärker zu als gedacht». Tatsächlich haben Forschende der ETH Zürich nachgewiesen, dass die nicht CO<sub>2</sub>-Effekte der Fliegerei noch klimaschädlicher sind als der CO<sub>2</sub>-Ausstoss. Die Kondensstreifen – für viele Menschen ein schönes Fotomotiv – können das Klima global bis zum Ende dieses Jahrhunderts um bis zu 0,4 Grad erwärmen. Das ist ungeheuer viel, wenn man bedenkt, dass das Pariser Abkommen die Klimaerwärmung auf 1,5 Grad begrenzt. Ich gehe auf die Lüge ein, dass synthetisches Kerosin klimaneutrales Fliegen ermögliche. Synthetisches Kerosin wird meistens unter Verwendung von viel elektrischem Strom hergestellt. Wie der Strom hergestellt wird, ist ein entscheidender Punkt. Der europäische Strommix ist gar nicht klimaneutral. Es ist zu wenig Strom aus erneuerbaren Quellen vorhanden. Ein Flugzeug, das mit synthetischem Kerosin fliegt, bildet auch Kondensstreifen. Diese entstehen, wenn

Wasserdampf in einem Abgasstrom von Treibwerken an den dort vorhandenen Russteilchen kondensiert. Es sind Kondensstreifen, die wesentlich zum Klimawandel beitragen. Synthetisches Kerosin macht das Fliegen nicht klimaneutral. Es gibt einen weiteren Grund, weshalb wir Grünen die klassischen Flugshows nicht mehr wollen: wegen der Sicherheit. Für den organisierenden Verein Zürcher Volksfeste hat die Sicherheit der Festbesuchenden zu Recht höchste Priorität. Ich zitiere aus der Weisung: «Die Festbesucherinnen und Festbesucher sollen das Fest unbeschwert geniessen können. Sie sollen sich sicher fühlen.» Das Präsidialdepartement hat in seiner Antwort auf unseren Dispoantrag die Flugshows verteidigt: «Die Flugshows sind ein wichtiger Teil des Sicherheitskonzepts. Diese Attraktionen sind auf dem ganzen Festareal einsichtig und helfen so, einen kontinuierlichen und brechbaren Personenfluss sicher zu stellen.» Erhöhen waghalsige Darbietungen mit Flugzeugen die Sicherheit der Menschen am «Züri Fäscht»? Wir Grünen verneinen dies. An solchen Flugshows leben nicht nur Pilotinnen und Piloten, sondern auch Zuschauerinnen und Zuschauer gefährlich. Am «Züri Fäscht 2023» sind Shows mit der PC-7 Staffel der Schweizer Armee vorgesehen, die im Februar 2017 an der Ski-WM in St. Moritz für unrühmliche Schlagzeilen sorgte: Nur mit viel Glück gab es keine Katastrophe, als eine PC-7 beim Überflug des Zielgeländes das Zugseil einer Kamera des Schweizer Fernsehens SRF durchschnitten hat. Die Kamera ist im Zielraum auf den Boden gekracht, der Pilot konnte das Flugzeug notlanden. Im In- und Ausland gab es bei Flugshows immer wieder Tote und Verletzte. Es ist eine erschreckend lange Liste von Unglücken. Neulich hat mir eine geflüchtete Ukrainerin gesagt, dass Flugshows sie an den Krieg in ihrer Heimat erinnern. Aus all diesen Gründen stoppen wir die Shows mit Flugzeugen am «Züri Fäscht». Damit wollen wir ein Zeichen zum Schutz des Klimas und des Friedens auf unserem Planeten setzen.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nrn. 2022/169, 2022/251, 2022/265 und 2022/371.

**Dr. Balz Bürgisser (Grüne)** begründet das Postulat GR Nr. 2022/251 (vergleiche Beschluss-Nr. 231/2022): Die Stadt Zürich hat sich zum Ziel gesetzt, die direkten Treibhausgasemissionen bis ins Jahr 2040 auf Netto-Null zu reduzieren und die indirekten Emissionen um 30 Prozent zu senken. Am «Züri Fäscht 2019» wurden rund 12 500 Tonnen CO<sub>2</sub> ausgestossen. Eine Tonne CO<sub>2</sub> hat das Volumen eines Würfels mit 8 Metern Kantenlänge. Die 12 500 Tonnen CO<sub>2</sub> des «Züri Fäscht» entsprechen einem gigantischen Würfelturm mit 64 Quadratmetern Grundfläche und 100 000 Metern Höhe. Um die Klimaziele der Stadt Zürich zu erreichen, muss das «Züri Fäscht» seinen Beitrag leisten und umwelt- und klimaverträglich werden. Dazu sind innovative Konzepte und Prozesse gefragt. Die Prämissen sind die Beibehaltung der Qualität des Fests, nicht aber der Quantität: Das «Züri Fäscht» soll kleiner und feiner werden. Das ist eine Grundforderung der Grünen. Zusätzlich zu den innovativen Konzepten sind konkrete Massnahmen nötig, um den Ausstoss an CO<sub>2</sub>-Äquivalenten zu verringern – insbesondere in den Bereichen Verkehr und Verpflegung. Von den CO<sub>2</sub>-Emissionen des Festes entfallen 42 Prozent auf die An- und Abreise der Gäste und 40 Prozent auf die Mahlzeiten. Ein Drittel der Festbesucherinnen und -besucher wohnt in der Stadt Zürich; davon benutzen nur 2 Prozent das private Auto, um ans Fest zu gelangen. Von den Besuchenden des Kantons Zürich ausserhalb der Stadt reisen 8 Prozent mit dem privaten Auto an. Von den Gästen aus der übrigen Schweiz reisen 21 Prozent mit dem Auto an. Es sind insgesamt 200 000 Gäste, die mit dem Privatauto anreisen. Da besteht Handlungsbedarf, insbesondere bei den Gästen von ausserhalb. Wie der CO<sub>2</sub>-Fussabdruck der Mahlzeiten gesenkt werden kann, ist weitgehend bekannt: Weniger Fleisch, mehr vegane Mahlzeiten, Bevorzugung von regionalen, ökologischen und saisonalen Produkten. Zudem bringt die Einführung einer Mehrwegpflicht eine Reduktion an CO<sub>2</sub>. Darüber sprechen wir beim nächsten Begleitpostulat. Wir Grünen wollen das «Züri Fäscht» erhalten und in eine zukunftsfähige Form bringen. Wir sind gerne bereit, unser Knowhow konstruktiv einzubringen.

**Yasmine Bourgeois (FDP)** begründet den namens der FDP-Fraktion am 29. Juni 2022 gestellten Ablehnungsantrag zum Postulat GR Nr. 2022/251: Das Postulat verlangt etwas, das sowieso geplant ist. Das «Züri Fäscht» hat sich weiterentwickelt und bereits für das Jahr 2023 vieles an Innovation und Nachhaltigkeit vorzuweisen. Bei der An- und Abreise der Gäste sind höchstens 10 Prozent nicht mit dem Öffentlichen Verkehr (ÖV) unterwegs. Seit dieser Erhebung haben wir mehr Elektroautos als vorher und somit noch weniger CO<sub>2</sub>-Ausstoss. An einem «Züri Fäscht»-Wochenende haben wir viel weniger Mobilität als an jedem anderen Wochenende, an dem Zürcherinnen und Zürcher in die Berge fahren oder nach Berlin fliegen. Das «Züri Fäscht» ist auf bestem Weg die Klimaziele der Stadt bis ins Jahr 2040 umzusetzen. Die Ziele können erfüllt werden. Der Vorstoss ist eine reine Arbeitsbeschaffung für die Verwaltung.

**Dr. Balz Bürgisser (Grüne)** begründet das Postulat GR Nr. 2022/265 (vergleiche Beschluss-Nr. 263/2022): Im Städteranking Mehrweg vom Jahr 2021 belegt Basel mit der Note 5,5 den ersten Rang, Zürich mit Note 2 den letzten Rang. In der Schule würde man in dieser Situation Nachhilfestunden empfehlen. Basel-Stadt zeigt vor, wie es geht: Gemäss Umweltschutzgesetz § 20 gilt eine Verpflichtung zur Verwendung von Mehrweggeschirr für alle öffentlichen Veranstaltungen, mit Ausnahme von Fasnacht und Herbstmesse. Auch wenn es diese zwei Ausnahmen gibt, hat Basel eine Mehrwegpflicht, die sich bewährt und sowohl im öffentlichen als auch im privaten Raum gilt. Was macht die Stadt Zürich? Es gibt keine Verpflichtung zu Mehrweggeschirr für öffentliche Veranstaltungen. Es ist keine Mehrwegpflicht in den nächsten Jahren vorgesehen. Nicht einmal für Quartierveranstaltungen gibt es Vorschriften. Es gibt lediglich Empfehlungen. Diese sind so schwammig, dass sie niemand ernst nimmt. Am «Züri Fäscht» ist gemäss Seite 4 der Weisung unter dem Untertitel «Geschirr und Verpackung» dies vorgesehen: «Diese [von der Firma Carbotech] überprüften Artikel aus Biokunststoffen werden allen Markthändlerinnen und Markthändlern sowie Festwirtinnen und Festwirten empfohlen.» Es gibt am «Züri Fäscht» also keine Mehrwegpflicht, es ist nicht einmal eine Pflicht zu Einweggeschirr mit geringer Umweltbelastung vorgesehen. Es gibt nur eine Empfehlung dazu. Das wollen wir mit unserem Postulat ändern. Am «Züri Fäscht» entsteht durch Einweggeschirr für Getränk- und Esswaren eine grosse Menge Abfall. Im Jahr 2019 waren es insgesamt 266 Tonnen Kehricht. Die Stadt beabsichtigt am «Züri Fäscht 2023» den Kehricht durch konsequentes Recycling von PET, Alu und Glas auf die Hälfte zu reduzieren. Das ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Der zweite Schritt ist die Pflicht zum Mehrweggeschirr. So wird der Abfall noch einmal deutlich reduziert, die Umwelt geschont und der CO<sub>2</sub>-Ausstoss deutlich vermindert. Ein Kaffee aus dem Einwegbecher verursacht viermal so viel Ausstoss an CO<sub>2</sub> wie ein Kaffee, der aus dem Einwegkartonbecher getrunken wird. Er verursacht 15-mal so viel Ausstoss an CO<sub>2</sub>, wie wenn der Kaffee aus den normalen Mehrwegtassen getrunken wird – dabei sind die Herstellung und das Abwaschen nach jedem Gebrauch berücksichtigt. Das gleiche Bild ergibt sich, wenn man mit den Methoden der Umweltbelastungspunkte Trinkbecher oder anderes Geschirr vergleicht. Die Fakten liegen auf dem Tisch. Am «Züri Fäscht» wird viel gegessen und getrunken. Diese Esswaren und Getränke machen 49 Prozent des CO<sub>2</sub>-Ausstosses des «Züri Fäschts» aus. Die Stadt hat sich Klimaziele mit dem entsprechenden Absenkpfad gesetzt. Wir wollen diese Klimaziele erreichen, zum Wohl von uns allen und zum Wohl der zukünftigen Generationen. Deswegen soll man auch beim «Züri Fäscht» handeln. Es ist sicher eine grosse Herausforderung, am «Züri Fäscht» Mehrweggeschirr in der geforderten Stückzahl bereit zu stellen und danach in möglichst vielen Umläufen zu halten. Deswegen fordert das Postulat diplomatisch die Einführung von Mehrwegpflicht baldmöglichst. Wenn dies in einem Jahr nicht möglich ist, soll am «Züri Fäscht 2023» wenigstens eine Pflicht zu Einweggeschirr mit geringer Umweltbelastung gelten. So kann unsere Stadt eine Vorreiterrolle übernehmen und das «Züri Fäscht» wird ein Vorbild für Grossveranstaltungen, die ökologisch und nachhaltig durchgeführt werden.

**Stefan Urech (SVP)** stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag zum Postulat GR Nr. 2022/265 und begründet diesen: Ich habe erfahren, wie schlimm es ist, einen Kaffee aus einem Plastikbecher zu trinken. Ich bin an der Uni und bei dir im Gymnasium, Dr. Balz Bürgisser (Grüne), informiert worden, dass man generell keinen Kaffee trinken dürfte, wenn man etwas für die Umwelt machen möchte. Wir lehnen das Postulat ab. Nicht, weil wir gegen Mehrweggeschirr oder für möglichst viel Einweggeschirr und Abfall sind, sondern weil es sich um ein unnötiges Postulat handelt. Die Organisatoren des «Züri Fäscht» und die Verwaltung haben uns in der Kommission das erarbeitete Nachhaltigkeitskonzept auf dutzenden Seiten präsentiert. Yasmine Bourgeois (FDP) hat es in der Vorstellung der Weisung bereits angesprochen. Die Veranstalterinnen setzen alles daran, dass das «Züri Fäscht» so nachhaltig wie möglich wird. All das, was die Grünen fordern, ist in der Präsentation. Deswegen ist es unnötig sich zu profilieren, als müsste man die Organisatoren belehren. Ich fand das Beispiel Basel speziell: In Basel gilt die Mehrwegpflicht ausser bei zwei Grossveranstaltungen. Der Grund wurde uns in der Kommission ausführlich dargelegt. Es handelt sich um eine komplexe Organisation, weil im Fall des «Züri Fäscht» 3 Millionen Becher angeschafft werden sollen. Ein Becher muss zwanzig Mal gebraucht werden, damit er sich in Sachen CO<sub>2</sub> amortisiert. Darum verstehe ich nicht, weshalb ihr gegen die Organisatoren und die Stadt rebelliert, wenn deutlich klar gemacht wurde, dass sie das gleiche Ziel verfolgen.

**Dr. Balz Bürgisser (Grüne)** begründet das Postulat GR Nr. 2022/371 (vergleiche Beschluss-Nr. 483/2022): Man spricht über die drei grossen Feuerwerke am «Züri Fäscht». Zuerst gebe ich Ihnen Informationen, die ich dem Bericht «Feuerwerkskörper – Umweltauswirkungen und Sicherheitsaspekte» des Bundesamts für Umwelt (BAFU) entnommen habe. Feuerwerkskörper sind komplex zusammengesetzte Produkte, die aus Treibladungen und Effektladungen bestehen. Treibladungen enthalten Schwarzpulver, ein Gemisch aus Kaliumnitrat, Holzkohle und Schwefel. In den Effektladungen gibt es Perchlorat und Nitrat, sowie reduzierende Brennstoffe wie Aluminium und Magnesium. Zudem enthalten die Ladungen färbende Zusätze. Nämlich Verbindungen von Barium, Strontium und Kupfer für grüne, rote und blaue Effekte. In diesem Bericht ist weiter von metastabilen Chloriden und von Polyvinylchlorid die Rede, um Lichteffekte zu erzeugen. Welche Emissionen entstehen beim Abbrennen eines Feuerwerks? Die Belastung der Luft durch CO<sub>2</sub> und Methan ist vorhanden, aber relativ gering. Welche Emissionen des Feuerwerks belasten die Luft, den Boden und das Wasser? Im Vordergrund steht der Feinstaub. Beim Abbrennen von Feuerwerk kann sich während kurzer Zeit ein hoher Gehalt an lungengängigem Feinstaub PM 10 einstellen, also von Partikeln mit einem Durchmesser von weniger als 10 Mikrometern. Der PM 10-Gehalt bei einem Feuerwerk ist derart hoch, dass der Tagesmittelgrenzwert von 50 Mikrogramm pro Kubikmeter deutlich überschritten wird. Solch hohe PM 10-Konzentrationen sind für Menschen mit Herzkreislauferkrankungen oder chronischen Atemwegserkrankungen problematisch. Das BAFU empfiehlt Personen mit solchen Vorbelastungen, sich nicht in der Nähe eines Feuerwerks aufzuhalten. Nebst dem Feinstaub sind die freigesetzten Metalle problematisch – hauptsächlich Kalium, Magnesium, Aluminium, Barium, Zink, Kupfer, Strontium usw. Die Reaktionsprodukte des Feuerwerks belasten vorerst die Luft, später die Böden und das Wasser. Im Wasser landen auch feste Rückstände der Raketen. Wir sollten dem Wasser in unserem See Sorge tragen, schliesslich stammt unser Trinkwasser zu 70 Prozent aus dem Zürichsee. Die drei Feuerwerke des «Züri Fäscht» belasten Mensch und Umwelt, deswegen wollen SP und Grüne sie ersetzen. Das laute Knallen verschreckt auch Menschen und Haus- und Wildtiere. Es gibt einige Anwohnende in den Quartieren Riesbach, Enge und Wollishofen, die am «Züri Fäscht»-Wochenende ausziehen. Wer es sich leisten kann, verbringt einige Tage in den Bergen. Wer es sich nicht leisten kann, ist der Lärmbelästigung ausgesetzt. Zu den Feuerwerken gibt es Alternativen, die für Mensch, Tier und Umwelt verträglich sind. Am «Züri Fäscht 2019» hat man umweltfreundliche Alternativen getestet. Diese sind unterdessen weiterentwickelt worden. Zürich ist eine innovative Stadt. Man

kann sich von Lightshows im In- und Ausland inspirieren lassen. Umweltfreundliche Formen von Lichtzauber am Nachthimmel sollen die Feuerwerke baldmöglichst ersetzen.

**Stefan Urech (SVP)** stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag zum Postulat GR Nr. 2022/371 und begründet diesen: Das Feuerwerk ist das Markenzeichen des «Züri Fäschts». Es ist so prägend, dass das Logo ein explodierender Feuerwerkskörper mit dem Gesicht des Zürcher Löwen ist. Gemäss Umfragen, die durch die «Züri Fäscht» App bei den Besucherinnen und Besuchern durchgeführt wurden, ist das Feuerwerk die beliebteste Attraktion. Sie ist so beliebt, dass man die beiden Feuerwerke vor einiger Zeit auf mehrere Feuerwerke aufsplitten musste, damit man mit der Zuschauer\*innenmasse zu-rechtkommt. Das Feuerwerk stösst nur 0,2 Prozent der gesamten Emissionen des «Züri Fäscht» aus. Wenn ich mir die Argumentation von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) Revue passieren lasse, erkenne ich einen reinen Kontrast zur Realität: Das Feuerwerk ist beliebt und nicht umweltschädlich. Wenn Sie das Feuerwerk streichen, beerdigen Sie das «Züri Fäscht» so wie wir es kennen und lieben.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

**STP Corine Mauch:** Der Stadtrat beantragt Ihnen die Erhöhung des Jahresbeitrags des «Züri Fäschts» auf neu 1,25 Millionen Franken pro Jahr. Die Erhöhung ergibt sich aus den grossen Bemühungen des OK und der involvierten städtischen Dienstabteilungen, das langjährige Fest nachhaltiger zu gestalten. Ganz konkret soll die Abfallmenge um die Hälfte – ein hoher Wert – reduziert werden. Dafür benötigen wir Personal, bessere Infrastruktur und eine aufwendige Logistik. Das heisst, es braucht mehr Eigenleistungen von ERZ. Auch Grün Stadt Zürich (GSZ) verstärkt fürs kommende «Züri Fäscht» präventive Massnahmen, wie beispielsweise einen flächendeckenden Bodenschutz oder abgesperrte Baumwurzelbereiche. Aufgrund von Erfahrungswerten wird der Gebührenerlass ebenfalls leicht erhöht. Die Eigenleistungen hängen stark von der Anzahl der Besuchenden, vom Wetter und vom Festperimeter ab. Dafür ist eine Reserve eingeplant, die bisher nur für die Eigenleistungen vorgesehen war; nun ist sie für alle Komponenten ausser dem Betriebsbeitrag vorgesehen. Der Stadtrat steht zum «Züri Fäscht», das aus dem Seenachtsfest entstanden ist. Er hat sich stark für ein nachhaltiges Fest eingesetzt und ist beim OK auf offene Ohren gestossen. Dr. Balz Bürgisser (Grüne) hat vergessen, den CO<sub>2</sub>-Turm zu platzieren, der an einem ganz normalen Wochenende in der Stadt Zürich entsteht: Der Turm wäre höher als der, den er gezeichnet hat. Das OK hat ein überzeugendes Nachhaltigkeitskonzept erarbeitet, das in einem fruchtbaren Dialog zwischen OK und städtischen Dienstabteilungen entstand. Das ist insbesondere interessant, weil es als Richtschnur für weitere Feste und Events dienen kann. Ich bin etwas enttäuscht vom Quartiervereinspräsidenten Dr. Balz Bürgisser (Grüne), wenn ich höre, dass sich niemand um die vorhandenen Empfehlungen kümmere. Basel hat Vorschriften wegen Mehrweggeschirr erlassen, aber die beiden grössten Anlässe ausgenommen. Wie viele Besucherinnen und Besucher gibt es an einem der grössten Anlässe in Basel? Es sind rund 200 000. Am «Züri Fäscht» sind es über 2 Millionen Besucherinnen und Besucher. Ich finde es wichtig, dass man die Nachhaltigkeitsthematik an Festen ernst nimmt. Wir müssen aber ehrlich bleiben. Wenn zehnmal kleinere Anlässe als das «Züri Fäscht» von solchen Regelungen ausgenommen werden, muss man erklären, wie der Vergleich wirklich ist. Das OK hat grosse Anstrengungen unternommen. Eine Halbierung des Abfallvolumens ist ein enormer Fortschritt. Der Stadtrat setzt zusammen mit dem OK auf diesen Weg eines nachhaltigen und schrittweisen Umbaus des «Züri Fäscht». Eine Flugshow kann mit klimaneutralen Treibstoffen ermöglicht werden. Selbstverständlich muss beim Einsatz solchen Treibstoffs auch die Herstellung mit in Betracht gezogen werden. Dazu besteht unter anderem ein guter Dialog mit den Hochschulen in Zürich. Ich danke Ihnen für die Unterstützung des OK, des Stadtrats und der Stadtverwaltung.

Weitere Wortmeldungen:

**Liv Mahrer (SP):** Die SP-Fraktion spricht sich klar für ein «Züri Fäscht» aus. Menschen, die gerne festen, sollen dies auch in schwierigen Zeiten alle drei Jahre machen. Das «Züri Fäscht» verschliesst die Augen vor den heutigen Herausforderungen nicht und zeigt in vieler Hinsicht den Willen zu einem besseren CO<sub>2</sub>-Abdruck. Das will die SP an dieser Stelle würdigen und sich dafür bedanken. Nichtsdestotrotz benötigt es auf allen Ebenen ein Umdenken. Wir haben keine Wahl mehr. Auf der ganzen Welt nehmen Umweltkatastrophen zu. Diese Umweltkatastrophen sind von Menschenhand gemacht. Es reicht nicht mehr zu sagen, wir können nicht die ganze Welt retten, oder einzelne Massnahmen nützen nichts. Wir müssen bei uns selbst beginnen, auch auf der kleinen Ebene. Deswegen ist es der SP sehr wichtig, das «Züri Fäscht» so weit wie möglich in die Verantwortung zu nehmen, sich nicht auf den Lorbeeren auszuruhen, sondern nach und nach weitere Schritte zu gehen. Statt in Verboten zu denken, möchten wir die Innovationsfreude mit Aufträgen anregen. Vor diesem Hintergrund haben wir verschiedene Begleitpostulate miteingereicht oder unterstützen diese. Wir unterstützen den Dispoantrag der Grünen zur Abschaffung der Flugshows. Wir begrüssen die Bemühungen des «Züri Fäscht», dass die Flugshow klimaneutral ausgeführt werden soll, aber das ist das mindeste. Für uns ist dezidiert klar, dass wir keine Flugshows mehr wollen. Es geht hierbei nicht nur ums Klima, sondern auch um die Symbolpolitik solcher Flugshows. Die SP-Fraktion unterstützt das Begleitpostulat der Grünen, das innovative Konzepte und Prozesse verlangt, um das «Züri Fäscht» mit den Klimazielen der Stadt Zürich verträglich zu machen. Dass Mehrweggeschirr an Grossveranstaltungen möglich ist, hat sich schon mehrfach gezeigt. Bei der Grösse des «Züri Fäscht» ist dies noch eine Herausforderung mehr. Ich möchte an dieser Stelle betonen, dass die Abfallberge des «Züri Fäscht» definitiv massiv reduziert werden müssen. Zusammen mit der Stadt Zürich und der Einführung des konsequenten Mehrweggeschirrs kann im Sinne der Innovation eine Vorreiterrolle übernommen werden. Die Feuerwerkfrage ist sehr emotional. Die einen Menschen können es sich nicht ohne vorstellen, die anderen wollen Feuerwerk am liebsten generell verbieten. Ich habe in den letzten Wochen viele Zuschriften zu diesem Thema erhalten. Wenn wir versuchen, den Tatsachen ins Auge zu schauen, wissen wir, dass sich auch die Feuerwerke künftig innovativ ändern müssen. Das hat dieser Hitzesommer mit der Trockenheit und den daraus resultierenden Feuerwerkverboten am 1. August aufgezeigt. Es gibt einige Gemeinden, die auf alternative, innovative Formen ausgewichen sind. Sich auf Traditionen zu berufen, geht in der heutigen Zeit nicht mehr, zumal Traditionen auch dazu da sind, sich stetig zu erneuern. Ich danke im Namen der SP-Fraktion allen, die mit uns den Weg für ein innovatives «Züri Fäscht» ebnen und die Anträge unterstützen.

**Christine Huber (GLP):** Die Fraktion der Grünliberalen stellt sich gegen das Flugverbot der Grünen. Sie befürchtet, dass das «Züri Fäscht» massiv an Attraktivität verlieren wird, wenn das Flugshowverbot durchgesetzt wird. Für viele Besuchende sind diese Shows ein zentraler Bestandteil des Fests. Ob die Besuchenden bei einem Flugshowverbot ans «Züri Fäscht» kommen, ist sehr ungewiss. Wir unterstützen die Anträge der Tagesordnungspunkte (Top) 14 bis 16. Für uns ist klar, dass das «Züri Fäscht» mehr machen muss, um eine wichtige Vorreiterrolle bei der Umsetzung der Klimaziele 2040 einzunehmen. Soll dies gelingen, muss mit einem kleinen Schritt angefangen werden.

**Roger Föhn (GLP):** Die Fraktion Die Mitte/EVP unterstützt die Vorlage und stimmt den wiederkehrenden Beiträgen zu. Allerdings lehnen wir den Antrag der Grünen zur Abschaffung der Flugshow ab. Die innovativen Konzepte werden hingegen unterstützt. Top 15 und 16 lehnt die Fraktion ab.



**Christina Horisberger (SP):** Das Fliegen hat schon lange das Image von Freiheit und Grenzenlosigkeit eingebüsst. Für die SP-Fraktion spricht aber noch ein anderer Grund für ein Verbot der Flugshows. Ich lebe seit 20 Jahren in Wollishofen und es fühlt sich an, als nähmen die Flugshows neben unserem Haus Anlauf für ihre Formationen. Sie beschleunigen mit dröhnenden Antrieben, um dann für den Nervenkitzel der Festbesucherinnen zum Sturzflug ohne Motoren anzusetzen. Es handelt sich um eine faszinierende Flugakrobatik. Die martialische Geräuschkulisse wird unweigerlich mit Krieg in Verbindung gebracht. Wir haben Krieg in Europa und wir haben einen Klimawandel. Deswegen sind die Flugshows für uns in mehrfacher Hinsicht komplett aus der Zeit gefallen.

**Stefan Urech (SVP):** Ich habe mich bereits zu den Feuerwerken geäussert und möchte nun etwas zum Verbot der Flugshows sagen. Der Sprecher der Grünen hat erwähnt, dass ihm bewusst ist, dass der Ausstoss von CO<sub>2</sub> in Anbetracht des gesamten Ausstosses des «Züri Fäschts» nicht viel zur Sache tut. Es geht darum, das Fliegen zu dämonisieren, der Bevölkerung eine Lektion zu erteilen, ein Zeichen zu setzen, den Mahnfinger zu erheben und die Leute aufzufordern, weniger oder nicht mehr zu fliegen. Sie machen dies seit Jahren – in den Schulen, im Fernsehen, in den Medien. Es bringt jedoch wenig. Der Flughafen Zürich hat steigende Passagierzahlen; im Jahr 2019 wurde ein absoluter Rekord an Passagieren festgestellt. Während Sie die Grüne Welle politisch heraufgeritten sind, sind die Passagierzahlen am Flughafen Zürich parallel gestiegen. Seit wir heute Abend begonnen haben, über die Flugshow zu diskutieren, sind 40 Flüge gestartet und gelandet. Es ist eine Realität, dass die Leute gerne fliegen. Sie beerdigen heute mit der Streichung der zwei Hauptattraktionen das schöne Fest, auf das sich viele Leute freuen.

**Regula Fischer Svosve (AL):** Die Dispoänderungen der Grünen, die sich schlussendlich als nicht ganz rechtmässig herausgestellt haben, so dass das ganze Geschäft wieder an die Kommission zurück ging, haben vor der Sommerpause ziemliche Wellen geworfen. Die Medien haben dies unter dem Titel «Die Linken als Spassbremse» grosszünftig ausgeschlachtet. Das ist undifferenziert, weswegen ich zwei Sachen sagen möchte. Erstens streue ich Asche auf mein Haupt. Ich habe es nämlich verpasst, rechtzeitig eine Dispoänderung anzustreben, die von einer Beitragserhöhung absieht, wenn ein Fest so stattfindet, wie es in der Weisung vorgestellt wird. Zweitens ist die AL nicht grundsätzlich gegen das Fest. Im Gegenteil – das Vergnügen und der gemeinsame Spass gehören zu den schönen Sachen unseres Zusammenlebens. Wir sind etwas enttäuscht, wie das Fest daherkommt. Es soll noch grösser und bombastischer werden. Dies aber in einer archaischen Form ohne frische Ideen. Anstatt einen weiteren Riesenanlass zu planen, bei dem alles mehr oder weniger so gelassen wird wie bisher, hätte man sich ein Fest überlegen können, das etwas diverser daherkommt. Statt auf die Quantität zu setzen, hätte man mehr Strassenmusik einplanen oder alles etwas dezentraler gestalten können. Man hätte beispielsweise auch ein Lichtspiel mit Drohnen lancieren können. Wir sprechen unter anderem mehr Geld für die Abfallbewirtschaftung, deren Umsetzung mehr als peinlich ist. Nur auf PET und Alu wird ein Depot erhoben. Die Vorschrift, dass beim Essen Mehrweggeschirr verwendet werden soll, wird auf später verschoben, obwohl seit dem Jahr 2020 eine entsprechende Studie vorliegt. Immer mehr Feste setzen diese Auflagen um. Rechnerisch ist mir sowieso nicht klar, wie die Abfallberge mit den mutlosen Massnahmen um 50 Prozent reduziert werden sollen. Wer weiss, ob wir im Jahr 2026 mit Mehrweggeschirr noch viel zu Feiern haben?

**Urs Riklin (Grüne):** Wenn das Dornröschen nach einem jahrzehntelangen Schlaf aufwacht und Ihnen sagt, es sei das Tapfere Schneiderlein, denken Sie vielleicht in ähnlicher Weise an ein Märchen, wie wenn Ihnen der Verein Zürcher Volksfeste sagt, das «Züri Fäscht» sei nach einem jahrzehntelangen ökologischen Tiefschlaf plötzlich nachhaltig. Wir begrüssen jede Bemühung damit das «Züri Fäscht» weniger Abfall, Umweltbelastung und CO<sub>2</sub>-Ausstoss verursacht. Wer sich aber Nachhaltigkeit auf die Fahne

*schreibt, obwohl in der Vergangenheit sämtliche Bemühungen darum verschlafen wurden, muss sich mit dem Vorwurf des «Green-Washing» auseinandersetzen. Was das «Züri Fäscht» als besondere Schritte in Richtung Nachhaltigkeit propagiert, ist keine grosse Innovation. An anderen Orten werden diese Schritte seit Jahrzehnten praktiziert. Sie hätten beim «Züri Fäscht» bereits früher eingeführt werden sollen. Bei der Einführung des Mehrweggeschirrs vermissen wir Grünen die längst fällige und zeitnahe Einführung. Wie wir in der heutigen Debatte gehört haben, will sich das «Züri Fäscht» standhaft gegen eine neue Ausrichtung wehren, die mehr Nachhaltigkeit mit sich bringen würde. Es möchte an drei grossen Feuerwerken und den täglichen Flugshows festhalten, statt sich zu überlegen, welche Alternativen entwickelt und angeboten werden können, die ebenfalls attraktiv, aber verträglicher für Mensch, Tier und Umwelt sind. In der Kommission haben wir verschiedene Argumente gehört, die absurd wirken. Es brauche Feuerwerke und Flugshows zur Sicherheit eines Grossanlasses. Unter solchen Voraussetzungen könnte man keine Streetparade ohne Feuerwerk und Flugshows durchführen. Ich würde gerne die Organisatorinnen und Organisatoren des «Züri Fäscht» fragen, was sie machen, wenn es einen Hitzesommer gibt und wegen der extremen Trockenheit ein Feuerverbot herrscht. Findet dann kein «Züri Fäscht» statt? Natürlich kann man Flugshows nachhaltiger machen, indem man alternative Treibstoffe in Form von synthetischen Treibstoffen und Biotreibstoffen anwendet. Das Problem von Biotreibstoff ist unter anderem, dass die Produktion in Konkurrenz zur Lebensmittelproduktion stehen kann. Somit wird ein Problem von der einen Seite auf die andere Seite verlagert. Synthetische Treibstoffe wiederum brauchen enorm viel Energie, um sie zu produzieren, zum Beispiel in Form der Elektrolyse bei Wasserstoff. Sie können den Energieclub Schweiz fragen, wie die Energie hergestellt wird – sicher nicht in einem ökologischen Sinn. Wenn jemand den Wind der Veränderung spürt, soll er Windräder statt eines Windschutzes bauen. Von mir aus kann das «Züri Fäscht» an den Feuerwerken und Flugshows festhalten, aber dann soll es nicht so tun, als würde Nachhaltigkeit grossgeschrieben. Die Bevölkerung der Stadt Zürich hat die Netto-Null-Ziele beschlossen und möchte mehr Nachhaltigkeit.*

**Yasmine Bourgeois (FDP):** *Trotz Tradition hat sich das «Züri Fäscht» weiterentwickelt. Nicht nur punkto Vielfalt, Qualität, Transparenz und Sicherheit, sondern auch Punkto Nachhaltigkeit. In den Kommissionsunterlagen wird klar ausgewiesen, wie der CO<sub>2</sub>-Ausstoss zusammengesetzt ist. 40 Prozent entfallen auf die Mahlzeiten, 42 Prozent auf die An- und Abreise der Gäste, 9 Prozent auf die Getränke, 9 Prozent auf anderes. Feuerwerk und Flugshow sind weniger als ein marginaler Teil davon – lediglich 0,2 Prozent CO<sub>2</sub>-Ausstoss. Bei der Flugshow sogar eher weniger, da 80 Prozent für Kerosin verwendet wird, was wiederum teurer ist. Das «Züri Fäscht» ist allerdings bereit für diese Mehrbelastung. Dass der CO<sub>2</sub>-Ausstoss und der Feinstaub an einem «Züri Fäscht»-Wochenende kleiner sind als an einem normalen Wochenende, wurde bereits ausgewiesen. Aus ökologischer Sicht müsste man darum jedes Wochenende ein «Züri Fäscht» fordern – mit Feuerwerk und Flugshow. Was Besuchende an anderen Wochenenden machen, ist nicht klimafreundlicher. Den Antrag bezüglich Feuerwerkverbot haben die Grünen durch die Intervention der FDP in ein Postulat umgewandelt. Der Antrag der Flugshow ist noch immer enthalten. Gemäss dem Verständnis der FDP ist dieser Antrag weiterhin unzulässig, weil er in die Kompetenzen des Stadtrats eingreift. Flugshows sind beliebt und ein wichtiger Teil des Crowdmanagements. Sie finden über dem See statt, deswegen ist die Sicherheit nicht gefährdet. Dort gibt es auch keine Kabel von Kameras. Sie stellen sicher, dass sich die Menge gut verteilt und leisten deswegen einen wesentlichen Beitrag an die Sicherheit. Wir bedauern, dass die Grünen den Antrag nicht so stehen liessen, wie er bis zum letzten Mittwoch war – die FDP hätte ihn unterstützt. Der Antrag wäre vernünftig gewesen und hätte zur Innovation beigetragen. Den zweiten grossen Teil des CO<sub>2</sub>-Ausstosses – das Essen – kann man wegdenken. Alle Menschen, die ans «Züri Fäscht» kommen, essen auch zuhause. Wer dort Fleisch ist, würde auch zuhause Fleisch essen. Beim letzten Fest haben sich 10 Prozent der Besuchenden vegetarisch*

ernährt; jetzt ist bereits ein Drittel geplant. Mit dem Postulat zum Mehrweggeschirr rennen Sie offene Türen ein. Die Verwendung von Mehrwegbechern ist zukünftig geplant. Ein solches Konzept für 2 bis 2,5 Millionen Menschen ist keine Kleinigkeit, die schnell entwickelt werden kann. Für das Depotsystem des «Züri Fäschts» werden eine Million 2-Fränkler benötigt. Das sind 11 Tonnen Münzen. Diese Menge muss erst zum Festplatz gebracht und in einem Münzautomaten gezählt werden. Geben wir der neuen Geschäftsleitung genügend Zeit, das Fest zu planen – in kleinen Schritten aber mit Erfolg. Das «Züri Fäscht» ist ein Stadtfest für alle. Nach der Coronazeit hat man etwas, worauf sich die Bevölkerung freuen kann, das schöne Erinnerungen hinterlassen wird. Es generiert eine grosse Wertschöpfung und ist in punkto Nachhaltigkeit vorbildlich. Wir müssen auf die Umwelt schauen, insbesondere aufs Klima – dort wo es einschenkt und nicht dort, wo man der Bevölkerung die letzte Freude nimmt. Das «Züri Fäscht» soll ein unpolitisches, fröhliches Fest bleiben, bei dem links und rechts einmal egal sind.

**Walter Anken (SVP):** Vor ungefähr 30 Jahren gab es einen grossen Streit zwischen der Toni-Molkerei, die ein Joghurt im Glas produziert hat, und der Migros. Es ging darum herauszufinden, was umweltfreundlicher sei: das Joghurt im Glas oder der Pappbecher der Migros, den man umweltfreundlich verbrennen könne. Es wurde hin und her studiert und gerechnet. Man hat herausgefunden, dass man für das Waschen eines Glases Energie benötigt. Mehrweggeschirr muss solider gebaut werden als einfaches Geschirr, dass man verbrennen kann. Es wird mehr Energie benötigt, was mehr CO<sub>2</sub> ausstösst. Defekte Gläser müssen aussortiert werden. Der Pappbecher der Migros hat letzten Endes gewonnen. Die Toni-Molkerei hat die Gläser aus dem Sortiment genommen. Bei der Streetparade hatten wir 38 Tonnen Abfall. Wie sieht es dort mit der Nachhaltigkeit aus?

**Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP):** Früher war das «Züri Fäscht» als Seenachtsfest noch idyllisch. Es gab am See Infostände mit Jugendgruppen. Diese Zeiten sind längst vorbei. Das «Züri Fäscht» ist mittlerweile zu einem attraktiven und wichtigen Gravitationspunkt der Stadt Zürich geworden. Es war imposant, was Dr. Balz Bürgisser (Grüne) sagte, aber es war sehr selektiv. In diesem Sinne war es auch nicht überprüfbar. Das Fliegen wurde dämonisiert. Er wollte eine Flugscham per Flugshow auslösen und züchtet alles Negative hoch. Sie vergessen, dass Fliegen völkerverbindend sein kann. Es ist ein Meilenstein und widerspricht dem Isolationismus. Es gibt sehr viele internationale Beziehungen zwischen Menschen. Wir haben einzelne kleine Beispiele gehört, aber die grosse Katastrophe ausgelassen. Die Italiener haben grobfahrlässig gehandelt. Daraus hat man gelernt, die Flugshows sind viel sicherer geworden. Das Feuerwerk ist ebenfalls dämonisiert worden. Der Lärm störe – das kann schon sein. Aber nur weil wenige Menschen den Lärm nicht vertragen, muss die ganz grosse Mehrheit darauf verzichten? Wer so argumentiert, plädiert für eine Diktatur einer kleinen Minderheit. Es wird Feinstaub über dem See produziert. Es wurde dargestellt, als würde das Feuerwerk direkt in den Zuschauenden abgehen. Es war ein Plädoyer für eine Askese. Wollen wir das?

**Dr. David Garcia Nuñez (AL):** Wir waren Zeugen einer absurden Diskussion. Das hängt mit einem Narrativ zusammen, das von rechts kolportiert wurde und insbesondere auch vom «Züri Fäscht» OK orchestriert wird. Die Diskussion ist nicht nur absurd, sondern auch verlogen – sowohl was die Flugshow, als auch was das Feuerwerk angeht. Die erste Lüge besteht darin, dass das Fest sich nur dann lohnen würde, wenn das Volk zusätzlich bespasst wird. Es heisst, das Fest würde ohne Flugshow scheitern – als könnten Menschen nur mit zusätzlichen Geräuschen Freude empfinden. Als Psychiater wundere ich mich über das primitive Verständnis, das sie von der menschlichen Psyche haben. Insbesondere über das Bild, das von rechts verteidigt wird. Die Bevölkerung freut sich über jedes Fest mit oder ohne Flugzeug. Die zweite Lüge besteht darin, dass es bei der Flugshow um Liebe zur Aviatik oder Innovationen gehen würde. Als Beweis dafür, dass dies nicht stimmt, sei an dieser Stelle ans «Züri Fäscht 1998» erinnert, als die Pilotinnen

*und Piloten am Ende einen Sturzflug auf das Bellevue absolvierten. Im Jahr 2001 war dies wegen 9/11 und dem Absturz der Swissair nicht mehr möglich. Weder die SVP noch die FDP haben sich damals für die Aviatik eingesetzt. Sie haben den Abbau dieser Show akzeptiert. Wenn den Bürgerlichen die Argumente entgegenkommen, lassen sie die Flugzeuge tatsächlich abstürzen. Sie wollen die Tatsache nicht anerkennen – wir haben ein Klimaproblem und stehen vor einer Klimakatastrophe. Diesen Sommer sind in Spanien 270 000 Hektaren verbrannt. In Bangladesch sind wegen Überschwemmungen 6,5 Millionen Menschen ohne Hab und Gut. Unser CO<sub>2</sub>-Budget ist individuell, städtisch und planetarisch aufgebraucht. Ich plädiere für ein «Züri Fäscht» ohne Flugzeuge und für Alternativen zum Feuerwerk.*

Änderungsantrag, neue Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt folgende neue Dispositivziffer 2  
(Die Nummerierung der Dispositivziffern wird gemäss Ratsbeschluss angepasst):

2. Am «Züri Fäscht» wird auf klassische Flugshows verzichtet. Es wird baldmöglichst eine Tradition für klimafreundliche Alternativen geschaffen.

Mehrheit: Präsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Referentin; Roger Föhn (EVP), Christine Huber (GLP), Sabine Koch (FDP), Dr. Christian Monn (GLP), Stefan Urech (SVP)  
Minderheit: Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Referent; Vizepräsidentin Maya Kägi Götz (SP), Islam Alijaj (SP), Regula Fischer Svosve (AL), Christina Horisberger (SP)  
Abwesend: Liv Mahrer (SP), Urs Riklin (Grüne)

Dr. Balz Bürgisser (Grüne) zieht den Antrag der Minderheit zurück.

Änderungsantrag, neue Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt folgende neue Dispositivziffer 3  
(Die Nummerierung der Dispositivziffern wird gemäss Ratsbeschluss angepasst):

3. Am «Züri Fäscht» werden die Feuerwerke baldmöglichst auf innovative Art durch umweltfreundliche Formen von Lichtzauber am Nachthimmel ersetzt.

Mehrheit: Präsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Referentin; Roger Föhn (EVP), Christine Huber (GLP), Sabine Koch (FDP), Dr. Christian Monn (GLP), Stefan Urech (SVP)  
Minderheit: Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Referent; Vizepräsidentin Maya Kägi Götz (SP), Islam Alijaj (SP), Regula Fischer Svosve (AL), Christina Horisberger (SP)  
Abwesend: Liv Mahrer (SP), Urs Riklin (Grüne)

Dr. Balz Bürgisser (Grüne) zieht den Antrag der Minderheit zurück.

Änderungsantrag der Grüne Fraktion zu Dispositivziffer 1

Dr. Balz Bürgisser (Grüne) beantragt namens der Grüne-Fraktion folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Für die Organisation des «Züri Fäscht» im dreijährigen Rhythmus durch den Verein Zürcher Volksfeste wird ab dem Jahr 2023 ein wiederkehrender Beitrag von jährlich Fr. 1 250 000.– wie folgt bewilligt:
  - a) als Betriebsbeitrag: Fr. 136 000.– (Preisstand: Dezember 2021, Zürcher Index der Konsumentenpreise)
  - b) als Erlass der Kostenmiete, Gebührenerlass sowie wesentliche Eigenleistungen (einschliesslich Reserve): Fr. 1 114 000.–
  - c) unter der Auflage, dass keine Shows mit Flugzeugen stattfinden.

Der Rat stimmt dem Antrag von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) mit 59 gegen 55 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Der Ratspräsident weist darauf hin, dass die Dispositivziffern 1–2 einer einzigen Schlussabstimmung unterstehen, da sie nach dem Grundsatz der Einheit der Materie miteinander verbunden sind (gemäss Art. 212 Abs. 1 GeschO GR).

Aufgrund der vorhergehenden Abstimmung wird über die bereinigten Dispositivziffern 1–2 abgestimmt.

Schlussabstimmung über die bereinigten Dispositivziffern 1–2

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. c Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt den bereinigten Dispositivziffern 1–2 mit 113 gegen 1 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist beschlossen:

1. Für die Organisation des «Züri Fäscht» im dreijährigen Rhythmus durch den Verein Zürcher Volksfeste wird ab dem Jahr 2023 ein wiederkehrender Beitrag von jährlich Fr. 1 250 000.– wie folgt bewilligt:
  - a) als Betriebsbeitrag: Fr. 136 000.– (Preisstand: Dezember 2021, Zürcher Index der Konsumentenpreise)
  - b) als Erlass der Kostenmiete, Gebührenerlass sowie wesentliche Eigenleistungen (einschliesslich Reserve): Fr. 1 114 000.–
  - c) unter der Auflage, dass keine Shows mit Flugzeugen stattfinden.
2. Die Beschlüsse GR Nrn. 2009/136 und 2018/371 werden per 31. Dezember 2022 aufgehoben.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 7. September 2022 gemäss Art. 36 und 38 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 7. November 2022)

**522. 2022/251**  
**Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Markus Knauss (Grüne) vom 15.06.2022:**  
**Züri Fäscht, innovative Konzepte und Prozesse hinsichtlich der städtischen Klimaziele**

Ausstand: Albert Leiser (FDP)

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2022/169, Beschluss-Nr. 521/2022.

Dr. Balz Bürgisser (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 231/2022).

Yasmine Bourgeois (FDP) begründet den namens der FDP-Fraktion am 29. Juni 2022 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Das Postulat wird mit 81 gegen 33 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

**523. 2022/265**  
**Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Liv Mahrer (SP) vom 22.06.2022:**  
**Züri Fäscht, Umsetzung einer Pflicht zur Verwendung von Mehrweggeschirr oder Einweggeschirr mit geringer Umweltbelastung**

Ausstand: Albert Leiser (FDP)

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2022/169, Beschluss-Nr. 521/2022.

Dr. Balz Bürgisser (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 263/2022).

Stefan Urech (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Das Postulat wird mit 72 gegen 42 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

**524. 2022/371**

**Postulat der SP- und Grüne-Fraktion vom 24.08.2022:  
Züri Fäscht, Ersetzung der Feuerwerke durch innovative und umweltfreundliche Alternativen**

Ausstand: Albert Leiser (FDP)

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2022/169, Beschluss-Nr. 521/2022.

Dr. Balz Bürgisser (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 483/2022).

Stefan Urech (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Das Postulat wird mit 71 gegen 42 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Der Ratspräsident gibt die Absetzung von TOP 17, GR Nr. 2022/317, «Dringliches Postulat der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 06.07.2022: Verzicht auf den geplanten Ausbau von Reklameflächen» bekannt.

**525. 2022/261**

**Dringliches Postulat von Lisa Diggelmann (SP), Anna Graff (SP) und 6 Mitunterzeichnenden vom 22.06.2022:  
Übernahme der Gebühren für die Umwandlung des Zivilstands bei eingetragenen Partnerschaften in Ehen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Dringliche Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

*Lisa Diggelmann (SP) begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 259/2022): Dass das Postulat nicht vor den Ratsferien behandelt wurde, ist unschön, weil das Gesetz für die Umwandlung der eingetragenen Partnerschaft in die Ehe seit dem 1. Juli 2022 in Kraft ist. Mit dem vorliegenden Postulat fordern wir den Stadtrat auf, dass die Kosten in der Höhe von 105 Franken durch die Stadt übernommen oder mit einer Gutschrift in der gleichen Höhe kompensiert werden. Die Kosten entstehen, wenn der Zivilstand bei eingetragener Partnerschaft in eine Ehe umgewandelt wird. Alle Paare sollen aktiv über die Möglichkeit informiert werden. Zudem erwarten wir, dass der Stadtrat eine rückwirkende Erstattung der Gebühren ermöglicht, da die Umwandlung bereits seit dem 1. Juli ermöglicht ist und wir das Geschäft erst heute behandeln können. Weiter fordern wir, dass sich der Stadtrat beim Kanton Zürich dafür einsetzt, dass die Gebühren gemäss Artikel 3 Ziffer 2 der Verordnung über die Gebühren im Zivilstandswesen des Kanton Zürichs grundsätzlich erlassen werden können. Der 26. September 2021 ist für viele ein historischer Tag. In der Stadt Zürich haben 79,5 Prozent der Stimmbevölkerung*

*der Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare zugestimmt. Ziel war, dass der Zivilstand einfach und unkompliziert geändert werden kann. Bei der Umsetzung ist schlussendlich herausgekommen, dass die gleichgeschlechtlichen Paare, die bereits in einer eingetragenen Partnerschaft leben, für die gleichen Rechte doppelt bezahlen müssen. Die Stadt Zürich kann auch bei dieser Frage eine Vorbildfunktion übernehmen und ein Zeichen für andere Schweizer Städte setzen.*

**Samuel Balsiger (SVP)** stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen: *Normalerweise haben Homosexuelle ein doppeltes und gutes Einkommen, das weit über dem Durchschnitt eines «Büetzers» liegt, und meistens keine Kinder. Wo genau ist das Problem?*

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

**STP Corine Mauch:** *Seit dem 1. Juli ist die Ehe für alle eine Realität. Der Fortschritt ist ein Verdienst von zahlreichen Leuten, die sich jahrelang engagiert haben. Das vorliegende Postulat macht darauf aufmerksam, dass Personen, die bereits in einer eingetragenen Partnerschaft leben und diese in eine Ehe umwandeln wollen, zum zweiten Mal Gebühren bezahlen müssen. Ich teile die Beurteilung der Postulantinnen: Es ist störend und ungerecht, dass diese Paare zwei Mal bezahlen müssen. Das Fazit dieses Postulats ist richtig, denn es ist ungerecht. Die Gebühr, die das Postulat richtigerweise kritisiert, ist im Bundesrecht geregelt. Der Stadtrat ist trotzdem bereit, das Postulat entgegenzunehmen, auch wenn die Stadt keine rechtlichen Handlungsmöglichkeiten hat. Wir prüfen sehr gerne, was wir unternehmen können und wie wir auf den Kanton zugehen können.*

Weitere Wortmeldungen:

**Severin Pflüger (FDP):** *Dass die Ehe für alle in der Schweiz eingeführt werden konnte, ist ein grosser Erfolg der Politik. Von links bis rechts sind wir zusammengestanden. Wir haben akzeptiert, dass sich eine Gesellschaft und Werte verändern können und auch die Deutung der Ehe sich verändern kann. Man ist gewillt, all die Prozesse miteinander zu tätigen und zu diesem Punkt zu führen. Wir befinden uns in einer letzten Nachwirkung des ganzen Prozesses. Es gibt einen Grundsatz: Änderungen im Zivilstandsbuch werden gebührenfinanziert. Dies gilt nicht nur für die Ehe für alle, sondern auch dann, wenn ein neues Namensrecht eingeführt wird. Dies zum Beispiel, wenn Ehefrauen ihren Namen ändern wollen, oder wenn sich ein Paar scheidet. Es ist eine Grundsatzentscheidung: Es handelt sich um eine Gebühr und keine Steuereinnahme. Wenn Sie diese Grundsatzentscheidung anzweifeln, bitte ich Sie, dies nicht nur bei der Ehe für alle zu tun. Ich bin definitiv der Meinung, dass diese Gebühr getragen werden kann. Nur weil man für Gebühren ist, ist man nicht homophob.*

**Alan David Sangines (SP):** *Ich kann Severin Pflüger (FDP) beruhigen: Niemand wird denken, Sie sind homophob. Aber es wird sichtbar, weshalb es mit der Gleichstellung Jahrzehnte lang ging. Die FDP war immer etwas zu spät – bei allem. Die FDP war auch bei der Ehe für alle etwas spät an Bord, das Verständnis scheint noch immer nicht ganz vorhanden. Die FDP bringt den Vergleich einer Scheidung. Homosexuelle Paare hatten keine Möglichkeit zu heiraten. Sie wollten immer, aber zuerst musste die eingetragene Partnerschaft kommen. Damals gab es die FDP, die den Homosexuellen keine Eherechte geben wollte. Damals musste man sich auf einen Kompromiss einlassen, man hatte keine andere Wahl als eine eingetragene Partnerschaft. Deswegen ist es schwierig, dies mit einer Scheidung oder Namensänderung zu vergleichen. Hätte man von Beginn an eine Ehe eingehen können, wäre klar, dass man die Gebühren bezahlen muss. Jetzt muss man eine Gebühr obendrauf zahlen, damit man eine Zweiklassengesellschaft aufhebt. Deswegen ist der Vergleich schlecht – nicht homophob. Es zeigt, dass noch*



*nicht begriffen wurde, dass Homosexuelle lange Zeit diskriminiert wurden und man der Meinung war, dass man ihnen die Ehe im Gegensatz zu einer eingetragenen Partnerschaft nicht erlauben will. Eingetragene Partnerschaften mussten bereits viele Gebühren bezahlen: Beispielsweise war automatisch die Gütertrennung vorgesehen; wenn man eine Errungenschaftsbeteiligung wollte, musste man zum Notar. Dort hat man mehrere 100 Franken bezahlt, um der Ehe materiell einigermassen gleichgestellt zu sein. Es ist völlig unverständlich, wenn man diesem Vorstoss nicht zustimmt.*

**Dominik Waser (Grüne):** *Es ist kleinlich, peinlich und unfair gegenüber den Leuten, die nicht viel verdienen. Es gibt gewisse Momente, Samuel Balsiger (SVP), in denen man besser ruhig wäre. Vorhin wäre der Moment dazu gewesen.*

**Roger Föhn (EVP):** *Ich habe mich sehr gefreut, dass sich gleichgeschlechtliche Paare offiziell trauen dürfen. Es war ein langer Weg, um sich dieses Recht zu erkämpfen. Rechte ziehen auch Pflichten nach sich. Eine Änderung beim Zivilstandsamt ist eine Leistung und dafür werden Gebühren erhoben, die bezahlt werden müssen. Für uns als Fraktion ist es nicht ersichtlich, weshalb für bestimmte Gruppen Gebühren erlassen werden sollen. Die Mitte/EVP-Fraktion lehnt dieses Postulat grossmehrheitlich ab.*

**Christine Huber (GLP):** *Die Fraktion der Grünliberalen unterstützt das Postulat. Die Doppelbelastung von gleichgeschlechtlichen Paaren für gleiche Rechte soll aus dem Raum geschafft werden. Der letzte Satz ist dabei noch speziell bemerkt, dass für eingetragene Paare, die die Eheschliessung in einer erneuten Zeremonie begründen, die zusätzlichen Kosten nicht übernommen werden sollen.*

**Martina Zürcher (FDP):** *Alan David Sangines (SP) sagte, die Namensänderung sei nicht vergleichbar. Bis ins Jahr 2013 konnten Frauen bei der Heirat ihren Namen nicht behalten, sie konnten nur einen Doppelnamen machen. Heute kann eine Frau dies rückwirkend ändern und muss dafür eine Gebühr zahlen. Ich würde sagen, dies sei vergleichbar. Es gab allerdings keinen Aufschrei, dass man die Gebühr erlassen soll. Eine Gebühr ist eine Entschädigung für einen Verwaltungsakt – nicht mehr und nicht weniger.*

**Samuel Balsiger (SVP):** *Warum darf ich mich zu diesem Thema nicht äussern? Das würde ich gerne in einem persönlichen Gespräch erfahren. Ich finde es wichtig, dass Homosexuelle in Zürich ausgehen können, ohne dass sie angegriffen werden. Persönliche Sicherheit finde ich wichtiger als Gebühren, die Doppelverdiener gut bezahlen können. Sie ziehen dem Bürger 12 Milliarden Franken für unsinnige grüne Projekte aus der Tasche, aber machen ein Theater wegen 100 Franken. Der Staat ist gierig und möchte Geld. Die 100 Franken sind nicht das Problem, sondern ihre Politik ist das Problem.*

**Lisa Diggelmann (SP):** *An Martina Zürcher (FDP): Etwas, das für alle Frauen gegolten hat mit etwas zu vergleichen, das einer Minderheit verwehrt wurde, ist ein schlechter Vergleich. Wir sind dennoch offen, wenn die FDP einen Vorstoss einreichen möchte, damit auch diese Gebühren fallen könnten. Ich möchte ein Beispiel machen, da Homosexuelle anscheinend viel Geld verdienen und übervorteilt sind: Wenn man als lesbische Frau eine künstliche Befruchtung machen möchte, kostet das pro Versuch 1500 bis 2000 Franken. Bei heterosexuellen Paaren bezahlt die Krankenkasse drei Versuche. In Bezug auf die Gleichstellung haben wir noch einen langen Weg vor uns. Die 105 Franken sind ein kleines Puzzleteil davon.*

Das Dringliche Postulat wird mit 70 gegen 38 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

**526. 2022/315**

**Dringliche Motion von Jehuda Spielman (FDP), Walter Angst (AL) und 8 Mitunterzeichnenden vom 06.07.2022:  
Investitions- und Betriebsbeitrag zur Sicherstellung und Förderung des Museums  
«Schauplatz Brunngasse»**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, die Dringliche Motion entgegenzunehmen.

Es wird weder ein Ablehnungs- noch ein Textänderungsantrag gestellt.

Damit ist die Dringliche Motion dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

**527. 2021/439**

**Postulat von Reis Luzhnica (SP) und Marco Geissbühler (SP) vom 10.11.2021:  
Prüfung allfälliger Nutzungskonflikte auf dem Friedhof Sihlfeld und Erhalt des  
Areals als Freiraum und zur Erholung für die Quartierbevölkerung**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

*Reis Luzhnica (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4584/2021): Erst letzte Woche haben wir über den Friedhof Sihlfeld diskutiert. Es ging um das Postulat der FDP, in dem eine räumliche Trennung oder Umzonung gefordert wurde. Wir dagegen fordern, dass die Einheit des Friedhofs gewahrt wird, der Friedhof offen und immer zugänglich für die Bevölkerung bleibt. Allfällige Nutzungskonflikte sollen von der Stadt überprüft und gelöst werden. Die bestehenden Regeln sollen im Dialog und mit Augenmass durch das Friedhofpersonal oder die Sozialambulanz Sicherheit Intervention Prävention sip züri (sip) durchgesetzt werden. Nach der letzten Ratssitzung habe ich eine E-Mail einer Person erhalten, die Bierdosen und sonstige Abfälle vom Grab ihrer Mutter entfernen musste. Solche Vorfälle bedaure ich sehr. Ich kann nicht verstehen, weshalb man Abfälle auf einem Friedhof liegen lässt. Littering ist nicht erlaubt und wir müssen einen Weg finden, dies zu verhindern. Letzte Woche habe ich gewisse Massnahmen erwähnt, die die Stadt Zürich unternimmt, um das zu verhindern. Mein altes Schulhaus grenzt an den Friedhof Sihlfeld. Als ich dort in die Schule ging, war der Friedhof nachts geschlossen. Zu dieser Zeit kam es immer wieder vor, dass Leute über die Absperrungen kletterten, um dort ungestört zu sein. Heute ist der Friedhof in der Nacht geöffnet – wie alle anderen Friedhöfe auch. Durch die ständigen Öffnungszeiten ist die Hemmschwelle für Littering, Lärm und Partys höher. Die Wahrscheinlichkeit, dass man allein ist, ist viel kleiner. Wie bei allen anderen Friedhöfen funktioniert das gut. Dort sind solche Vorfälle nicht bekannt. Mit unserem Postulat fordern wir, dass die Stadt eine Lösung ohne Verbote, Umzonung und nächtliche Schliessungen findet.*

*Flurin Capaul (FDP) begründet den namens der FDP-Fraktion am 24. November 2021 gestellten Ablehnungsantrag: Man könnte das Gefühl haben, dass es in diesem Postulat um den Friedhof Sihlfeld geht. Wer es genauer anschaut, sieht, dass es nur darum geht, wer recht hat. Es gibt in diesem Postulat Kuriositäten, handwerkliche Fehler und Widersprüche. Ein einfaches Beispiel: Zu Beginn steht, dass der Stadtrat aufgefordert wird zu prüfen, ob auf dem Friedhof Sihlfeld Nutzungskonflikte bestehen. Wir haben jahrelang darüber gesprochen: Wir haben in Berichten des Stadtrats von Wegweisungen gelesen,*

wir haben in den Medien gelesen, dass Leute mit dem Auto durch den Friedhof gefahren sind, wir haben von Alkoholvorfällen gehört und dass Leute mit dem Modellflieger unterwegs waren. In Abrede zu stellen, dass es Nutzungskonflikte gibt und nur zu prüfen, ob es welche gibt, finden wir etwas speziell. Reis Luzhnica (SP) hat von einer E-Mail gesprochen, die ich auch erhalten habe und gerne vorlesen möchte: «Als Besucherin und Mieterin eines Grabes störe ich mich an Ihren Aussagen gemäss NZZ, dass die Situation auf dem Friedhof Sihlfeld aufgebauscht wurde. Ich kann Ihnen versichern, dass ich beim Grab meiner Mutter sowohl Bierbüchsen wegräumen musste, wie auch regelmässig gestohlenen Grabschmuck und Blumen ersetzen muss. Ich finde es traurig, aber auch beschämend, dass die Stadt Zürich den Friedhof Sihlfeld zu einem Eventpark umgewandelt hat und dadurch Anstand und Respekt nicht mehr beachtet wird. Bitte gebt uns Trauernden den Friedhof zurück und den Toten die Ruhe und den Respekt. Der Friedhof muss nachts wieder geschlossen werden.» Dann gibt es einen Hinweis: «Leider finde ich die Emailadressen des Präsidiums der SP Kreis 3 nicht im Internet, bitte Sie aber, das intern klar zu kommunizieren und den nun immer offenen Friedhof auch in der Nacht zu schliessen.» Wenn man die Emailadresse im Internet nicht finden kann, kann die Bevölkerung auch nicht mitteilen, was sie fühlt und denkt. Was soll man genau auf dem Friedhof Sihlfeld tun? Es wird gefordert, dass er rund um die Uhr öffentlich zugänglich bleiben soll. Das ist etwas speziell. Es geht nicht einmal darum, ob der Friedhof offen ist, sondern darum, dass man recht hat. Der Friedhof war früher geschlossen und man hat ihn als Versuch geöffnet. Die Öffnung ist gescheitert. Wir hätten uns gefreut eine gute Lösung zu finden – dieses Postulat lehnen wir ab.

Weitere Wortmeldungen:

**Derek Richter (SVP):** Vor einer Woche waren die FDP und die SVP noch uneins, heute machen wir den Schulterschluss. Im Gegensatz zur FDP ist die SVP stringent. Wir unterstützen den Ablehnungsantrag der FDP: Ein Friedhof ist ein Ort der Ruhe, es soll Pietät herrschen. Pietät bedeutet Respekt, Achtung und Ehrfurcht – speziell vor den Toten. Bierbüchsen auf einem Grab entsprechen dem nicht. Ich erinnere gerne an die überwiesenen Geschäfte GR Nr. 2013/336 und GR Nr. 2015/254 der SVP, die einen Verzicht auf Aufführungen und Darbietungen auf Friedhöfen gefordert haben. Was ist daraus geworden? Einmal mehr hat unsere Stadtpräsidentin dieses Parlament desavouiert. Die SVP hat die überbordende, pietätslose Aktivität schon damals kritisiert. Wieso fordert sie die 24-Stunden-Öffnung ausgerechnet auf einem Friedhof, wenn es nebenan die Fritschiwiese oder die Ämtleranlage gibt? Die sind auch 24 Stunden geöffnet. Ich habe das Urteil des Bezirksrats Zürich bereits letzten Mittwoch vorgetragen: Er hat die Stadt Zürich am 20. Januar 2022 angewiesen, den Friedhof Sihlfeld während der Nacht, spätestens ab 20:00 Uhr, zu schliessen. Der Bezirksrat hat dabei den wichtigen Paragraphen 262 des Strafgesetzbuches – Störung des Totenfriedens – über unsere Spiel- und Spassgesellschaft gestellt. Es wurde keine aufschiebende Wirkung gewährt. Daraufhin hat der Quartierverein 3 wie folgt geschrieben: «Dieses Urteil stellt eine schallende Ohrfeige für die Stadt und STP Corine Mauch dar.» Mit der Forderung nach der 24-Stunden-Öffnung stellen Sie sich über das Urteil des Bezirksrats. Der Kreis 3 soll kein Disneyland 2.0 oder Platzspitz 2.0 werden.

**Beat Oberholzer (GLP):** Für mich ist es unverständlich, dass letzte Woche eine Mehrheit das Postulat der FDP abgelehnt hat, nachdem ihm die Textänderung die Zähne gezogen hatte. Es ging schlussendlich nur noch darum, dass man auf dem Friedhof Sihlfeld bei Nutzungskonflikten genauer hinschaut. Dass es einen Nutzungskonflikt gibt, kann nicht einfach wegdiskutiert werden. Den gibt es schliesslich auch auf kleineren Friedhöfen in geringerem Ausmass. Zu hoffen, dass es nach Corona nicht mehr so schlimm ist und das Gras höher wachsen zu lassen, ist bestimmt eine erste Mass-

*nahme. Mit einem Postulat kann auch eine Konfliktlösung vehementer eingefordert werden. Eine Mehrheit wollte dies nicht genauer prüfen. Die SP kommt mit einem ähnlichen Vorstoss und wir erhalten eine zweite Chance. Wir Grünliberalen wollen eine ähnliche Taktik anwenden und die Kernforderung aus dem Postulat streichen – nämlich, dass über die nächtliche Schliessung auf keinen Fall nachgedacht werden darf. Als liberale Partei sind wir an den meisten Orten für ausgedehnte Öffnungszeiten, beispielsweise bei Ladenöffnungszeiten, selbstverständlich auch bei Parks wie dem Platzspitz. Bei einem Friedhof leuchtet uns das nicht ein. Den Platzspitz schliessen und den Friedhof geöffnet lassen – müsste es nicht umgekehrt sein? Das ist unsere zweite Chance, dem Stadtrat den Auftrag zu geben, die Nutzungskonflikte zu lösen, so dass dem Gemeinderat im Namen der Postulatserfüllung darüber berichtet werden kann. Nehmen Sie unsere Textänderung an und lassen Sie den Stadtrat arbeiten, damit alle glücklich sind.*

**Reis Luzhnica (SP):** *Ich möchte zunächst auf den NZZ-Artikel und auf meine Aussage eingehen, die nicht vollständig wiedergegeben wurde, wodurch Missverständnisse entstanden. Ich habe der Person, die mir und Flurin Capaul (FDP) die E-Mail geschickt hatte, meine vollständige Aussage zugeschickt. Darin bin ich darauf eingegangen, dass es gewisse Probleme gibt, die ich nicht kleinreden wollte. Die E-Mail-Adresse unserer Sektion ist online ersichtlich. Flurin Capaul (FDP) hätte kurz recherchieren können und hätte sie gefunden. Zu den Parks: Wir haben ein Postulat eingereicht, in dem wir fordern, dass nicht nur Friedhöfe, sondern auch Parks immer geöffnet sind. Wenn man schaut, wie es bei den anderen Friedhöfen funktioniert, sieht man, dass es keine Probleme gibt. Ich habe noch nie von einem Medienbericht gehört, in dem Probleme auf anderen Friedhöfen der Stadt geschildert wurden. Wenn die FDP an einer Lösung interessiert wäre, würde sie das Postulat annehmen. Wir lehnen die Textänderung ab.*

**Josef Widler (Die Mitte):** *In Wiedikon wissen wir, dass der Friedhof Sihlfeld eine Erholungszone ist. Das schätzen wir. Der Friedhof ist anders als die anderen Friedhöfe: Er hat grosse Grünflächen, was ihn beliebt macht. Auf den grossen Wiesen können Sie verweilen oder stundenlang mit ihren Enkeln spazieren. Dass es Nutzungskonflikte gibt, bestreiten wir nicht. Wir finden es gut, dass dies genauer angeschaut wird. Wie nutzt man aber den Friedhof in der Nacht? Ich gehe zu dieser Zeit nicht mit meinen Enkeln spazieren. Dass man an den Öffnungszeiten festhalten möchte, ist eine «Stiererei» und ergibt keinen Sinn. Die Fraktion Die Mitte/EVP würde dem Postulat mit der Textänderung zustimmen, ansonsten lehnt sie es ab.*

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

**STP Corine Mauch:** *Das Postulat ist vor dem Hintergrund von Berichten über Nutzungskonflikte im Friedhof Sihlfeld entstanden. Der Stadtrat hat sich wiederholt zu diesen Konflikten geäussert, unter anderem in einer Petitionsantwort letzten Sommer. Der Stadtrat bedauert, wenn Gefühle der Besuchenden auf dem Friedhof verletzt werden und sich Personen respektlos und unangemessen verhalten. Seit Herbst 2020 wurden verschiedene zielgerichtete Massnahmen ergriffen, um den Friedhof Sihlfeld als Ort der Einkehr und Trauer für Hinterbliebene zu schützen. Beispielsweise sind die Kontrollen der Stadtpolizei und der sip intensiviert worden. Die räumliche Trennung zwischen den Flächen mit Gräbern und den Flächen, die für eine angemessene Erholung genutzt werden können, ist durch gezielte Bepflanzung verbessert worden. Eine neue Friedhofssignalisierung sensibilisiert Besuchende seit diesem Frühling zusätzlich für ein angemessenes Verhalten. Eine Schliessung des Friedhofs in der Nacht erachtet der Stadtrat allerdings als nicht zielführend und angebracht, um den vorhandenen Problemen entgegenzuwirken. Zu diesem Thema ist ein Verfahren am Laufen. Diejenigen, die sich empören, dass der Stadtrat nicht nach dem Entscheid des Bezirksrats handelt, möchte ich daran erinnern, dass wir in einem Rechtsstaat leben. Es gehört dazu, dass Gerichtsentscheide*

*durch Instanzen weiter geprüft werden. Der Stadtrat hat dies in diesem Fall beschlossen. Friedhöfe sind Orte der Trauer, der Erinnerung und der Besinnung – das soll so bleiben. Der Stadtrat setzt sich für eine pietätvolle Nutzung der Friedhöfe ein. Er möchte die Kernnutzung der Friedhöfe schützen und gleichzeitig eine Erholungsnutzung ermöglichen, die diesem Ort angemessen ist. Dass Friedhöfe auch einem Erholungsbedürfnis dienen sollen, ist im kommunalen Richtplan verankert. Vor diesem Hintergrund ist der Stadtrat bereit, dieses Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.*

Das Postulat wird mit 56 gegen 53 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

## **E i n g ä n g e**

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

### **528. 2022/400**

**Beschlussantrag der SP-, Grüne-, GLP-, Die Mitte/EVP- und AL-Fraktion vom 31.08.2022:**

**Erhöhung der Entschädigungen und der Spesenvergütungen sowie Einführung einer beruflichen Vorsorge und Taggeldern im Rahmen der Ratstätigkeit, Revision der Entschädigungsverordnung des Gemeinderats (EntschVO GR)**

Von der SP-, Grüne-, GLP-, Die Mitte/EVP- und AL-Fraktion ist am 31. August 2022 folgender Beschlussantrag eingereicht worden:

Die Unterzeichnenden beantragen, die Entschädigungsverordnung des Gemeinderates zu überarbeiten. Folgende Punkte sollen dabei berücksichtigt werden:

- Angemessene Erhöhung der Entschädigung
- Einbindung in die berufliche Vorsorge (2. Säule)
- Sicherstellung von Krankentaggeldern
- Vergütung der Kinderbetreuung bei Kommissions- und Parlamentssitzungen
- Vergütung des behinderungsbedingten Assistenzbedarfs für die Ausübung des Mandats subsidiär zu den übrigen gesetzlichen Ansprüchen und Vergütungsleistungen
- Zurverfügungstellung eines persönlichen ZVV-Jahresabonnements für die Zone 110.

Begründung:

Die Arbeit im Gemeinderat ist aufgrund der Komplexität der Geschäfte im Laufe der Jahre aufwändiger und zeitintensiver geworden. Häufig ist eine Reduktion des Arbeitspensums unausweichlich.

Damit sich auch in Zukunft geeignete Personen für das Amt des Gemeinderates motivieren lassen und die Fluktuation im Rat reduziert wird, soll die Entschädigung wie obenstehend angepasst werden. Ein Gemeinderatsmandat darf nicht nur für diejenigen zugänglich sein, die es sich auch finanziell leisten können. Gleichzeitig soll eine zeitgemässe und faire soziale Sicherung der Parlamentstätigkeit angestrebt werden.

Im Weiteren soll durch den Anschluss an eine Pensionskasse sichergestellt werden, dass im Pensionsalter aufgrund der während der Ratszeit reduzierten Arbeitspensums, keine oder lediglich kleinere Rentenlücken resultieren. Die Parlamentstätigkeit soll ausserdem im Bedarfsfall zum Bezug von Taggeldern berechtigen.

Für Eltern, die während den Rats- oder Kommissionsitzungen eine Betreuung ihrer Kinder finanzieren müssen, gilt es ebenfalls eine geeignete Lösung zu finden, damit diese nicht eine weitere finanzielle Belastung aufgrund der Ausübung des Gemeinderatsmandates hinnehmen müssen. Dieselben Überlegungen gelten für Ratsmitglieder mit behinderungsbedingtem Assistenzbedarf, denen unter dem Strich ebenfalls kein finanzieller Nachteil durch die Ratstätigkeit erwachsen soll.

Schliesslich soll mit dem ZVV-Jahresabonnement für die Zone 110 die Anreise an die Sitzungen finanziert werden.

Mitteilung an den Stadtrat

**529. 2022/401**

**Beschlussantrag der FDP-Fraktion vom 31.08.2022:  
Beschränkung der Temperatur in den genutzten Räumlichkeiten des Gemeinderats analog der Heiztemperatur in den städtischen Verwaltungsgebäuden**

Von der FDP-Fraktion ist am 31. August 2022 folgender Beschlussantrag eingereicht worden:

In Reaktion auf die Energiekrise beschränkt der Gemeinderat bis zum Ende des Winters 2022/2023 die maximale Heiztemperatur in seinen Räumlichkeiten auf die jeweils gleiche Temperatur, die der Stadtrat in den Verwaltungsgebäuden der Stadt vorsieht. Damit leistet das Parlament seinen Beitrag zur Bewältigung der Krise und ermutigt die Bevölkerung und die Wirtschaft, die Heizleistung ebenfalls zu reduzieren.

Begründung:

Im kommenden Winter 2022/23 besteht die Gefahr, dass in der Schweiz zu wenig Gas und zu wenig Strom vorhanden ist und allgemein schwere Mangellagen im Energiebereich eintreten könnten. Diese für Wirtschaft und Gesellschaft besorgniserregende Situation ist eine direkte Folge des Krieges in der Ukraine und der dadurch verringerten Gasliefermenge aus Russland, zeigt jedoch auch einen Reformbedarf des Schweizer Gesamtenergiesystems an.

Die Stadt Zürich ist aufgrund einer überdurchschnittlichen Verwendung von Gas für den Heizeinsatz besonders gefordert. Wir gehen davon aus, dass der Stadtrat, wie vom Vorsteher der Industriellen Betriebe, Stadtrat Michael Baumer, bereits angekündigt, die notwendigen Massnahmen in seinem Zuständigkeitsbereich treffen wird.

Es ist deshalb nur folgerichtig, dass der Gemeinderat für sich selbst entsprechende Einsparungen auf den Weg bringt (ungeachtet der Heizmethode in der Halle 9) und die gleiche Temperatur übernimmt, die der Stadtrat in den Räumlichkeiten der Verwaltung vorsieht.

Mitteilung an den Stadtrat

**530. 2022/402**

**Postulat von Ivo Bieri (SP) und Hans Dellenbach (FDP) vom 31.08.2022:  
ewz, Benchmark-Vergleiche auf den Rechnungen und den persönlichen Online-Zugängen**

Von Ivo Bieri (SP) und Hans Dellenbach (FDP) ist am 31. August 2022 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie das EWZ zukünftig auf Rechnungen und den persönlichen Online-Zugängen Benchmark-Vergleiche anhand von geeigneten Parametern, beispielsweise ähnliche Wohnungsgrösse, gleiche Zimmeranzahl oder gleiche Personenbelegung, ausweisen kann.

Liegen die Daten für die Parameter derzeit nicht vor, sollen diese auf eine Weise erhoben werden, die den persönlichen Datenschutz gewährleistet.

Begründung:

Schon heute werden Vergleiche zu Vorjahresperioden im Stromverbrauch angezeigt. Das hilft, um den eigenen Verbrauch zeitlich einordnen zu können. Jedoch wissen derzeit die Haushalte nicht, wie sich ihr Verbrauch im Durchschnitt zu vergleichbaren Objekten verhält. Diese Information kann aber hilfreich sein, um den eigenen Verbrauch im Vergleich zu anderen zu verstehen. So können Haushalte, welche über dem Durchschnitt von vergleichbaren Objekten liegen, mittels Tipps zu einem sparsameren Umgang animiert werden. Diese Ausweisung schafft somit einen positiven Anreiz um Strom zu sparen.

Als Parameter kommen zum Beispiel die Wohnungsgrösse, die Zimmeranzahl oder die Personenbelegung in Frage.

Mitteilung an den Stadtrat

**531. 2022/403**

**Postulat von Ivo Bieri (SP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) und 4 Mitunterzeichnenden vom 31.08.2022:**

**Erhöhung und Kommunikation der Transportkapazitäten für Kinderwagen und Rollstühle in den Verkehrsmitteln zum Zoo**

Von Ivo Bieri (SP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) und 4 Mitunterzeichnenden ist am 31. August 2022 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Transportkapazität insbesondere für Kinderwagen, Rollstühle und dergleichen auf den Verkehrsmitteln zum Zoo erhöht und auf geeignete Weise kommuniziert werden kann.

Begründung:

Der Zoo Zürich ist ein beliebtes Ausflugsziel und zieht unter anderem besonders Familien mit kleinen Kindern an. Es ist erfreulich, dass viele Personen mit den öffentlichen Verkehrsmitteln anreisen. Doch nicht selten sind die Trams der Linie 6 zum Zoo, insbesondere bei guter Witterung vormittags sowie an Wochenenden, überfüllt, da der Platz zum Abstellen von Kinderwagen, Rollstühlen und dergleichen knapp bemessen ist. Um dem Abhilfe zu verschaffen, könnte beispielsweise der Fahrplan zu gewissen Zeiten verdichtet, durchgängig grössere Fahrzeuge oder auf einzelnen Kursen Trams mit einer reduzierten Anzahl an Sitzplätzen zugunsten von mehr Steh- und Abstellplätzen eingesetzt werden. Optimalerweise würden diese Kurse im Fahrplan speziell gekennzeichnet.

Mitteilung an den Stadtrat

**532. 2022/404**

**Postulat von Dr. Florian Blättler (SP) und Christina Horisberger (SP) vom 31.08.2022:**

**Varianten zur Liquidation der Kongresshaus Zürich AG im Hinblick auf das Ende des laufenden Vertrags**

Von Dr. Florian Blättler (SP) und Christina Horisberger (SP) ist am 31. August 2022 folgende Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er dem Gemeinderat im Hinblick auf das Auslaufen des aktuellen Vertrages 2028 mit der Kongresshaus Zürich AG (KHZ AG) dem Gemeinderat Varianten zur Liquidation der KHZ AG vorlegen kann. Die bisher der KHZ AG übertragenen Aufgaben sollen von der Kongresshaus Stiftung (KH-Stiftung) selbst übernommen werden oder von dieser öffentlich ausgeschrieben werden.

Begründung:

Mit der Umsetzung der Weisung 2022/180 betreffend Kapitalschnitt und Kapitalerhöhung zugunsten der KHZ AG wird die Stadt Zürich voraussichtlich zur Mehrheitsaktionärin. Damit verschärft sich eine bereits jetzt vorhandene heikle Situation in mehrfacher Hinsicht:

1. Zum einen sind submissionsrechtliche Bedenken zu nennen. Als öffentlich-rechtliche Anstalt muss die KH-Stiftung vollumfänglich dem Submissionsrecht folgen. Es muss deshalb weiter davon ausgegangen werden, dass die von der KHZ AG übernommenen Aufgaben – zumindest teilweise – vom Submissionsrecht erfasst sind. Durch die singuläre Funktion der KHZ AG ist es für die Sicherung der städtischen Investitionen entscheidend, dass die Aufgaben weiterhin von der KHZ AG wahrgenommen werden. Dieser Umstand droht, eine submissionsrechtlich korrekte Vergebung zu behindern.
2. Weiter ist die Kopplung von städtischen Subventionen an die KH-Stiftung und die Beauftragung der KHZ AG problematisch. Die Problematik zeigt sich in der vormaligen Dispoziffern 2 der Weisung 2022/180. Subventionen werden angepasst, so dass die KH-Stiftung den Mietzins für die KHZ AG senken kann, um der KHZ AG einen Gewinn «garantieren» zu können.

Diese problematische Situation kann entschärft werden, indem die Stadt Zürich die KHZ AG auflöst.

Mitteilung an den Stadtrat

**533. 2022/405**  
**Postulat von Rahel Habegger (SP) und Nadia Huberson (SP) vom 31.08.2022:**  
**Offenlegung der Lohnbandbreite bei Stellenausschreibungen**

Von Rahel Habegger (SP) und Nadia Huberson (SP) ist am 31. August 2022 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, inwiefern analog zu den Massnahmen der VBZ in der gesamten Stadtverwaltung sowie den ausgelagerten Betrieben bei Stellenausschreibungen die Lohnbandbreite, innerhalb derer die ausgeschriebene Stelle angesiedelt ist, im Sinne der Lohntransparenz offengelegt werden kann.

Begründung:

Die Lohnleichheitsanalyse der Stadt Zürich aus dem Jahr 2021 hat eine nicht erklärbare Lohndifferenz bei städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ergeben. Um die in der Stadtverwaltung bestehende Lohnungleichheit zu bekämpfen, sind aktive und gezielte Massnahmen unabdingbar. Fehlende Lohntransparenz am Arbeitsplatz verhindert, dass die Betroffenen überhaupt erfahren, dass sie im Vergleich zu ihren Arbeitskolleginnen und Arbeitskollegen weniger verdienen und in dieser Hinsicht diskriminiert werden. Die Schaffung von Lohntransparenz erleichtert die Durchsetzung des verfassungsmässigen Rechtes auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Lohntransparenz verhindert zudem grosse Lohnschere, höhere Löhne bei besserem Verhandlungsgeschick und Gerüchte über unfaire Lohnunterschiede.

In ganz Europa kommunizieren immer mehr Unternehmen und Verwaltungen bei Stellenausschreibungen die zu erwartenden Löhne. Inzwischen machen auch verschiedene Kantone ihre Löhne transparent und auch auf Bundesebene gibt es Bestrebungen hin zu Lohntransparenz. Mittels transparenten Lohnbändern werden Lohnverhandlungsspielräume kleiner und Lohnverhandlungen grösstenteils hinfällig, da sich die Bewerberinnen und Bewerber abhängig von den verlangten Kompetenzen transparent im unteren, mittleren oder oberen Drittel des Lohnbandes einordnen können.

Mitteilung an den Stadtrat

**534. 2022/406**  
**Postulat von Reis Luzhnica (SP) und Severin Meier (SP) vom 31.08.2022:**  
**Abgabe von Quittungen bei Personenkontrollen der Stadtpolizei als Massnahme gegen Racial Profiling**

Von Reis Luzhnica (SP) und Severin Meier (SP) ist am 31. August 2022 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie in der Stadt Zürich gegen Racial Profiling vorgegangen werden kann, indem bei Personenkontrollen der Stadtpolizei Quittungen abgegeben werden. Diese Quittungen sollen u.a. folgende Informationen enthalten:

- Minimale Angaben zur kontrollierten Person
- Angaben zu den kontrollierenden Polizeibeamten (Dienststelle, Dienstnummer)
- Allgemeine Angaben zur Kontrolle (Datum, Zeit, Ort, Leibesvisitation: Ja/Nein)
- Genaue Begründung der Kontrolle
- Informationen zu Beschwerdemöglichkeiten, mit Verweis auf die Ombudsstelle sowie das Feedbackmanagement der Stadtpolizei.

Diese Informationen müssen hohen Datenschutzstandards gerecht werden.

Begründung:

Racial Profiling ist nach wie vor ein Problem bei der Stadtpolizei. Betroffene leiden oft unter diesen willkürlichen Kontrollen und verlieren das Vertrauen in die Polizei. Vor allem Jugendliche, die mehrmals Opfer dieser diskriminierenden Kontrollpraxis wurden, fühlen sich unsicher. Dies erschwert u.a. eine erfolgreiche Integration. Als effektives Mittel gegen diese diskriminierenden Kontrollen schlägt die Allianz gegen Racial Profiling in ihrem Bericht zur Situation in der Schweiz die Einführung von Quittungen bei Polizeikontrollen vor.



Der vorliegende Vorstoss nimmt das Anliegen des Postulates 2015/216 auf. Dieses wurde aufgrund von angeblichen Problemen beim Datenschutz mittlerweile abgeschrieben. Da das wichtige Anliegen aber weiterhin nicht erfüllt ist, nimmt das vorliegende Postulat den Faden auf, indem es die Herausforderungen beim Datenschutz angeht. Insbesondere ist zu prüfen, ob die gespeicherten Informationen an einem von der Stadtpolizei unabhängigen oder nur unter gewissen Bedingungen zugänglichen Ort gespeichert werden können. Zudem ist eine sinnvolle Frist zur Löschung der Daten zu definieren. Sollte es zu einer Anzeige aufgrund von Racial Profiling kommen, so soll mit der Löschung der Daten abgewartet werden, bis ein allfälliges Strafverfahren rechtskräftig entschieden worden ist.

Mitteilung an den Stadtrat

**535. 2022/407**

**Postulat von Martin Götzl (SVP), Isabel Garcia (GLP) und 1 Mitunterzeichnenden vom 31.08.2022:**

**Flexibler Altersrücktritt für das städtische Personal, Ausgleich der jährlichen Mehrkosten**

Von Martin Götzl (SVP), Isabel Garcia (GLP) und 1 Mitunterzeichnenden ist am 31. August 2022 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die durch Weisung 2021/487 resultierenden jährlichen Mehrkosten von CHF 2.25 Mio. bei den budgetierten Personalkosten von insgesamt CHF 3'085 Mio. ausgeglichen werden können.

Begründung:

Mit der Weisung 2021/487 Flexibilisierung Altersrücktritt entstehen bei hoher Nutzung insgesamt CHF 2.25 Mio. Mehrkosten, welche die Stadt Zürich als Arbeitgeberin zu tragen hat.

Diese Mehrkosten sind sachlich begründet, zumal stets höhere Lebenserwartungen, individuellere Bedürfnisse und punktuelle Fachkräftemangelscheinungen vorherrschen.

Der Nutzen der Flexibilisierung des Altersrücktritts soll auch darin bestehen, dass die Verwaltung schlagkräftiger agieren kann und somit zusätzliche Kosten ausgeglichen werden können.

In der Vergangenheit und auch im laufenden Jahr haben wir erlebt, wie die Zahl des städtischen Personals jährlich um bis zu 600 neue Stellen wächst - Tendenz steigend. In Anbetracht der gesamten Summe und des Wachstums der letzten Jahre, ist es unerlässlich, die gesamten Personalkosten mittel-/langfristig zu stabilisieren.

Mitteilung an den Stadtrat

**536. 2022/408**

**Postulat von Stephan Iten (SVP) und Sven Sobernheim (GLP) vom 31.08.2022: Ermöglichung von Höhenfeuern am Schweizer Bundesfeiertag auch bei starker Trockenheit**

Von Stephan Iten (SVP) und Sven Sobernheim (GLP) ist am 31. August 2022 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie und in welchem Rahmen zukünftig am Schweizer Bundesfeiertag die Höhenfeuer auf städtischem Gebiet entzündet werden können und welche Rahmenbedingungen hierfür, insbesondere bei starker Trockenheit, eingehalten werden müssen. Dabei sollen auch die entsprechenden Organisatoren einbezogen werden.

Begründung:

Die Enttäuschung der städtischen Bevölkerung darüber, dass wegen der Trockenheit keine Höhenfeuer entzündet werden konnten, war riesig. Auf noch grösseres Unverständnis stiess dies, da rundherum trotzdem Feuerwerk abgebrannt wurde.

Deshalb bitten wir den Stadtrat zu prüfen, in welchem Rahmen zukünftig am 1. August auch bei starker Trockenheit ein Höhenfeuer entzündet werden kann, sei dies zum Beispiel mit dem Einsatz von Feuerschalen, etc.

Mitteilung an den Stadtrat

**537. 2022/409**

**Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Martin Götzl (SVP) vom 31.08.2022:  
Verhinderung von Mottowochen mit dem Thema «Geschlechtertausch» an den Volksschulen**

Von Samuel Balsiger (SVP) und Martin Götzl (SVP) ist am 31. August 2022 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er dafür sorgen kann, dass an Stadtzürcher Volksschulen nie mehr eine Mottowoche mit dem Thema «Geschlechtertausch» stattfindet.

Begründung:

«Die Mottowoche an einer Stadtzürcher Schule sorgt für Kritik. In einer Primarschule in der Stadt Zürich fand letzte Woche eine Mottowoche statt. Das Thema: Geschlechtertausch. Dabei verkleideten sich an einem Tag die Mädchen als Buben und umgekehrt. Laut einer Mutter folgte an einem weiteren Tag das Motto «Tussis und coole Jungs», deckt 20min.ch den Gender-Gaga-Skandal auf.

Die linke Indoktrinierung der Schulkinder ist entweder bereits weit fortgeschritten oder die Verantwortlichen versuchen nun, die Schuld auf die Kinder abzuschieben. Denn Gabriela Rothenfluh (SP) als Präsidentin der Kreisschulpflege Waidberg behauptet:

«Es war der Wunsch der Kinder, dass sie jeden Tag passend zu einem Motto verkleidet zur Schule kommen können.»

Würde die Aussage von Gabriela Rothenfluh (SP) korrekt sein, so hätten die Kinder die seit Urzeiten üblichen Geschlechtsformen von Mann und Frau eigenständig über Bord geworfen. Diese Aussage ist wissenschaftlich nicht nachvollziehbar.

Das Forschungsinstitut Sotomo hat im Dezember 2021 die Studie «Geschlecht und Identität» unter Mitwirkung des angesehenen Politologen Michael Hermann herausgegeben. Darin steht:

«Die Ergebnisse der durch Sotomo umgesetzten Studie sind repräsentativ für die sprachintegrierte Bevölkerung der Deutschschweiz, der französisch- und der italienischsprachigen Schweiz. [...]

99,6 Prozent der Befragten bezeichnen sich entweder als Frau oder als Mann. Nur 0,4 Prozent ordnen sich nicht ins herkömmliche binäre Schema ein und bezeichnen sich explizit als nicht-binär.»

Wenn also nur 0,4 Prozent der Gesamtbevölkerung sich als nicht-binär empfinden, warum sollen dann Schulkinder die seit Urzeiten üblichen Geschlechtsformen von Mann und Frau eigenständig über Bord werfen? Da dies wissenschaftlich nicht nachvollziehbar ist, muss etwas anderes dahinterstecken. Die repräsentative Studie hält auch fest:

«Der Genderstern ist zu einem Symbol für einen Kulturkampf um Sprache und Identität geworden.»

Der gesamte linke Gender-Gaga ist ein Kulturkampf! Wird dieser linke Kulturkampf unter Gabriela Rothenfluh (SP) als Präsidentin der Kreisschulpflege Waidberg nun auch in die Schule getragen? In einem ähnlichen Zusammenhang hat die SVP die Vorstösse 2022/272, 2022/277 und 2022/326 eingereicht.

Mitteilung an den Stadtrat

**538. 2022/410**

**Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Martin Götzl (SVP) vom 31.08.2022:  
Verzicht auf geschlechtsneutrale Toiletten an der Volksschule**

Von Samuel Balsiger (SVP) und Martin Götzl (SVP) ist am 31. August 2022 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie auch zukünftig auf geschlechtsneutrale WCs an der Volksschule verzichtet werden kann. Der bisher bewährte gegenwärtige Zustand soll beibehalten werden.

Begründung:

Der SP-nahe Tages-Anzeiger schreibt am 16. Juli 2022: «Zürich führt geschlechtsneutrale WCs ein. Laut neuem Raumprogramm der Stadt Zürich sind an den Schulen drei verschiedene Toiletten und Garderobenräume vorgesehen. Nun reagiert die Stadt Zürich auf die steigende Zahl von trans Schülerinnen und Schülern.»

Auf welche Quelle stützt sich das linke Propaganda-Blatt mit seiner Behauptung, dass der linke Stadtrat mit dem Gender-Gaga auf eine «steigende Zahl von trans Schülerinnen und Schülern» reagiere?

Mit der Beschlussnummer 645/2022 entschied der SP-dominierte Stadtrat betreffend der Volksschule doch tatsächlich: «Genderneutrale WC-Anlagen werden pragmatisch, bedarfsorientiert und ohne zusätzliche Kosten installiert.» Wie sollen die Stadtverwaltung arbeiten und wie sollen Immobilien baulich verändert werden, «ohne zusätzliche Kosten» auf dem Buckel der Steuerzahler zu verursachen?

Und was soll am Gender-Gaga «pragmatisch» sein? Zudem: Wie hoch ist die Zahl von transsexuellen Schülern?

Hinweise könnte die Wissenschaft geben. Das Forschungsinstitut Sotomo hat im Dezember 2021 die Studie «Geschlecht und Identität» unter Mitwirkung des angesehenen Politologen Michael Hermann herausgegeben. Darin steht:

«Die Ergebnisse der durch Sotomo umgesetzten Studie sind repräsentativ für die sprachintegrierte Bevölkerung der Deutschschweiz, der französisch- und der italienischsprachigen Schweiz. [...]

99,6 Prozent der Befragten bezeichnen sich entweder als Frau oder als Mann. Nur 0,4 Prozent ordnen sich nicht ins herkömmliche binäre Schema ein und bezeichnen sich explizit als nicht-binär.»

Wenn also nur 0,4 Prozent der Gesamtbevölkerung sich als nicht-binär empfinden, wie viele transsexuelle Schüler könnte es dann an der Stadtzürcher Volksschule geben? Der Stadtrat plant drei verschiedene Toiletten und Garderobenräume. Sollten tatsächlich transsexuelle Schüler vorhanden sein und sollten sie tatsächlich diese Einrichtungen nutzen, so outen sie vor der gesamten Schule. Ist das in diesem Alter und in diesem Lebensabschnitt richtig?

Mitteilung an den Stadtrat

**539. 2022/411**

**Interpellation von Samuel Balsiger (SVP) und Martin Götzl (SVP) vom 31.08.2022: Geschlechtsneutrale Toiletten und Garderobenräume, Darlegung der internen und externen Kosten, Quelle für die Ermittlung der Anzahl Betroffenen sowie Problematik des Outings bei Nutzung dieser Anlagen**

Von Samuel Balsiger (SVP) und Martin Götzl (SVP) ist am 31. August 2022 folgende Interpellation eingereicht worden:

Der SP-nahe Tages-Anzeiger schreibt am 16. Juli 2022: «Zürich führt geschlechtsneutrale WCs ein. Laut neuem Raumprogramm der Stadt Zürich sind an den Schulen drei verschiedene Toiletten und Garderobenräume vorgesehen. Nun reagiert die Stadt Zürich auf die steigende Zahl von trans Schülerinnen und Schülern.»

Auf welche Quelle stützt sich das linke Propaganda-Blatt mit seiner Behauptung, dass der linke Stadtrat mit dem Gender-Gaga auf eine «steigende Zahl von trans Schülerinnen und Schülern» reagiere?

Mit der Beschlussnummer 645/2022 entschied der SP-dominierte Stadtrat betreffend der Volksschule doch tatsächlich: «Genderneutrale WC-Anlagen werden pragmatisch, bedarfsorientiert und ohne zusätzliche Kosten installiert.» Wie soll die Stadtverwaltung arbeiten und wie sollen Immobilien baulich verändert werden, «ohne zusätzliche Kosten» auf dem Buckel der Steuerzahler zu verursachen?

Und was soll am Gender-Gaga «pragmatisch» sein? Zudem: Wie hoch ist die Zahl von transsexuellen Schülern?

Hinweise könnte die Wissenschaft geben. Das Forschungsinstitut Sotomo hat im Dezember 2021 die Studie «Geschlecht und Identität» unter Mitwirkung des angesehenen Politologen Michael Hermann herausgegeben. Darin steht:

«Die Ergebnisse der durch Sotomo umgesetzten Studie sind repräsentativ für die sprachintegrierte Bevölkerung der Deutschschweiz, der französisch- und der italienischsprachigen Schweiz. [...]

99,6 Prozent der Befragten bezeichnen sich entweder als Frau oder als Mann. Nur 0,4 Prozent ordnen sich nicht ins herkömmliche binäre Schema ein und bezeichnen sich explizit als nicht-binär.»

Wenn also nur 0,4 Prozent der Gesamtbevölkerung sich als nicht-binär empfinden, wie viele transsexuelle Schüler könnte es dann an der Stadtzürcher Volksschule geben? Der Stadtrat plant drei verschiedene Toiletten und Garderobenräume. Sollten tatsächlich transsexuelle Schüler vorhanden sein und diese Einrichtungen tatsächlich nutzen, so outen sie sich vor der gesamten Schule. Ist das in diesem Alter und in diesem Lebensabschnitt richtig?

Deshalb fordert die SVP im begleitenden Postulat: «Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie auch zukünftig auf geschlechtsneutrale WCs an der Volksschule verzichtet werden kann. Der bisher bewährte gegenwärtige Zustand soll beibehalten werden.»

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie soll die Stadtverwaltung arbeiten und wie sollen Immobilien baulich verändert werden, «ohne zusätzliche Kosten» auf dem Buckel der Steuerzahler zu verursachen?
2. Welche internen und externen Kosten sind durch das Projekt «Genderneutrale WCs an der Volksschule» bereits entstanden? Jede beteiligte Abteilung und jeder städtische Mitarbeiter verursacht Kosten, die leicht ausgewiesen werden können.
3. Warum hält der Stadtrat drei verschiedene Toiletten und Garderobenräume und genderneutrale WCs für «pragmatisch»?
4. Wie viele transsexuelle Schüler gibt es per Stand 1. Januar 2022 in der Stadtzürcher Volksschule?
5. Auf welche Quellen stützt sich der Stadtrat, wenn er den Stand an transsexuellen Schülern an der Stadtzürcher Volksschule per 1. Januar 2022 angibt? Wir möchten die genaue Herleitung erhalten.
6. Der Stadtrat plant drei verschiedene Toiletten und Garderobenräume. Sollten tatsächlich transsexuelle Schüler vorhanden sein und diese Einrichtungen tatsächlich nutzen, so outen sie sich vor der gesamten Schule. Ist das in diesem Alter und in diesem Lebensabschnitt richtig?
7. Bewegt der Stadtrat möglicherweise vorhandene transsexuelle Schüler mit gesonderten WCs zum Outing? Ist dies eine Staatsaufgabe und in der Verantwortung des Stadtrates? Übernimmt er dafür die Verantwortung?

Mitteilung an den Stadtrat

Die zwei Beschlussanträge, die neun Postulate und die Interpellation werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

#### 540. 2022/412

**Dringliche Schriftliche Anfrage von Luca Maggi (Grüne), Walter Angst (AL) und 40 Mitunterzeichnenden vom 31.08.2022:  
Geplante Erweiterung der Schulraumanlage auf dem Areal des MNA-Zentrums Lilienberg, Darlegung des geplanten Unterrichts, Abstimmung mit dem Projekt der Sekundarschule Ennetgraben, vorgesehene Betriebskonzepte, Begrenzung der Belegung und künftige Verwendung der Containeranlage**

Von Luca Maggi (Grüne), Walter Angst (AL) und 40 Mitunterzeichnenden ist am 31. August 2022 folgende Dringliche Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Die AOZ plant auf dem Areal des MNA-Zentrums Lilienberg eine Aufstockung und Anbau einer Containeranlage (Baukosten 600'000 CHF). Darin sollen neue Schul- und Zusatzräume errichtet werden. Das entsprechende Baugesuch (BG-Nr. 2022-097) wurde am 29. Juli 2022 im Amtsblatt der Gemeinde Affoltern a.A. publiziert und konnte bis am 18. August 2022 auf der Gemeinde öffentlich eingesehen werden. Den Unterlagen war auch ein Betriebskonzept der AOZ beigelegt. Diesem ist Folgendes zu entnehmen:

«Geplant ist eine Erweiterung der Schulraumanlage. Nach Ausführung befinden sich dort:

- 6 Schulräume à 44.6m<sup>2</sup>
- 3 Team-/ Schulräume à 24.5m<sup>2</sup>
- 2 Büro-/Materialräume à 11.9m<sup>2</sup> bzw. 13.9m<sup>2</sup>
- 1 Toilettenanlage mit 2 WC's und 2 Duschen
- 1 Toilettenanlage mit 3 WC's

Damit die für die Aufnahmeklassen benötigten Schul- und Zusatzräume (Teamzimmer, Toiletten, Material- und Sammlungsraum, Aufgabenraum) in einer für die Klassengrößen adäquaten Grösse schnell zur Verfügung gestellt werden könne, ist die Erweiterung der Schulanlage mit den oben beschriebenen Räumen unerlässlich.

Auch die weitere Ungewissheit im Zusammenhang mit Covid-19 sprechen zum jetzigen Zeitpunkt für eine Erweiterung der Schulraumanlage und damit für die Entlastung der Infrastruktur im Haupt- und Nebengebäude.»

Am 27. Juli 2022 hat die Sekundarschulgemeinde Affoltern/ Aeugst ein Gesuch für einen Neubau für das Schulraumprovisorium Ennetgraben (4 Schulzimmer à 64.96m<sup>2</sup> und 4 Schulzimmer 31.81m<sup>2</sup>, Baukosten 500'000 CHF) beim Bauamt der Stadt Affoltern eingereicht. Unklar ist, wie die beiden Baugesuche aufeinander abgestimmt sind.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Bitte um Darlegung, wie und wo der Schulunterricht, der im Lilienberg untergebrachten Jugendlichen künftig geplant ist (ab Eröffnung Containeranlage Lilienberg/ ab Eröffnung Schulraumprovisorium Ennetgraben).
2. Bitte um Angabe zur zeitlichen Planung: a) Wann soll die Erweiterung der Schulanlage Lilienberg fertiggestellt sein? b) Wann kann der Neubau des Schulprovisoriums im Schulhaus Ennetgraben in Betrieb genommen werden? c) Ist die Schulraumanlage auf dem Areal Lilienberg allenfalls als Übergangslösung vorgesehen?
3. Das Betriebskonzept der AOZ führt zur Beschulung der MNAs das Folgende aus:  
«Die MNA besuchen zu Beginn in der Regel die zentrumsinterne Schule (Aufnahmeklassen), wobei Deutschunterricht und schulische Grundlagen im Vordergrund stehen, aber auch gesellschaftliche Themen behandelt werden. Derzeit befinden sich 3 Aufnahmeklassen beim Schulhaus Ennetgraben in Affoltern am Albis  
Die Jugendlichen sind in 5 niveaudurchmischte Klassen eingeteilt und werden in Klassengrößen von 8 bis 14 Jugendlichen unterrichtet. Bei schulischen Fortschritten erfolgt ein Übertritt in die reguläre Sekundarschule Affoltern a.A. oder ein Wechsel in weitere Bildungsangebote des Kantons ZH.»
  - a. Wie viele MNA wurden im SJ 21/22 in den Aufnahmeklassen im Schulhaus Ennetgraben unterrichtet?
  - b. Wie viele MNA wurden im SJ 21/22 in Aufnahmeklassen im Lilienberg unterrichtet?
  - c. Wie viele Plätze in Aufnahmeklassen stehen nach der Inbetriebnahme des Provisoriums im Schulhaus Ennetgraben für Jugendliche aus dem Lilienberg zur Verfügung?
  - d. Ist es zulässig, dass die Oberstufenschulgemeinde Affoltern nicht für alle MNA Schulraum zur Verfügung stellt?
  - e. Was hat der Stadtrat bzw. die AOZ bisher unternommen, dass die MNA in den Aufnahmeklassen der Schule Affoltern unterrichtet werden?
  - f. Zahlt die Schule Affoltern der AOZ eine Entschädigung für die Bereitstellung des Schulraums?
4. Wie ist der Grössenunterschied der Schulräume in der Containeranlage Lilienberg (44.6m<sup>2</sup> für durchschnittlich 14 Jugendliche) und dem Schulraumprovisorium Ennetgraben (64.96m<sup>2</sup>) erklärbar? Entspricht das Bauvorhaben für zusätzlichen Schulraum den Anforderungen der Stadt Zürich an Schulraum (sowohl Provisorium wie auch Aussenraum)?
5. Warum sind im Schulhausprovisorium der AOZ 2 Duschen geplant?
6. Das Schulraumprojekt der AOZ wird auf Kosten des sehr knapp bemessenen Aussenraums (Wiese) realisiert. Entspricht diese Reduktion des Aussenraums den Vorstellungen des Stadtrats für Minimalstandards bezüglich Unterbringung von Jugendlichen? Muss allenfalls das vom Stadtrat verabschiedete und auf den 1. Januar 2022 in Kraft gesetzte Unterbringungsreglement angepasst werden ([https://www.stadt-zuerich.ch/content/dam/stzh/portal/Deutsch/Stadtrat%20%26%20Stadtpraesident/Publikationen%20und%20Broschueren/Stadtratsbeschluesse/2021/Dez/2STRB%20Nr.%201270\\_2021%2c%20Beilage%20.pdf](https://www.stadt-zuerich.ch/content/dam/stzh/portal/Deutsch/Stadtrat%20%26%20Stadtpraesident/Publikationen%20und%20Broschueren/Stadtratsbeschluesse/2021/Dez/2STRB%20Nr.%201270_2021%2c%20Beilage%20.pdf))?
7. Hat der Stadtrat Verständnis für die Forderung, die Belegung der MNA-Unterkunft Lilienberg auf 45 Plätze zu begrenzen? Unterstützen der Stadtrat und die AOZ die Forderung die Belegung zu reduzieren allgemein? Wie ordnet sich das Schulraumprojekt Lilienberg der AOZ in die Strategie ein, die Belegung im Standort Lilienberg zu reduzieren?
8. Ist es denkbar, dass die Containeranlage auf dem Areal des MNA-Zentrums Lilienberg zu einem späteren Zeitpunkt (resp. falls auf dem Areal keine oder weniger Schulraum benötigt wird) zu einem anderen Zweck (z.B. für die Unterbringung von Wohngruppen) genutzt werden kann? Falls ja, welche Nutzungen sind denkbar? Wenn Ja: Wieso wird im Baugesuch die Nutzung auf «Schulraum» eingeschränkt?
9. Ist sichergestellt, dass die geplante Containeranlage nicht als Schwankungsreserve für eine weitere Verdichtung (durch die Schaffung zusätzlicher Plätze innerhalb des Lilienbergs) genutzt wird? Falls ja, wo und wie ist dies festgehalten? Falls nein, wie kann dies verhindert werden?

10. Das Grundstück, auf dem die AOZ des Bauprojekt realisieren will, gehört Liegenschaften Stadt Zürich. Bitte um Zustellung des Vertrags zwischen Liegenschaften Stadt Zürich (LSZ) und der AOZ. Das Bauvorhaben ist nicht als Provisorium eingegeben worden. Warum nicht?

Mitteilung an den Stadtrat

**541. 2022/413**

**Dringliche Schriftliche Anfrage von Tanja Maag Sturzenegger (AL), Dr. David Garcia Nuñez (AL) und 35 Mitunterzeichnenden vom 31.08.2022:  
Zusammenlegung von zwei Abteilungen im Triemli, Gründe für die Zusammenlegung aus pflegerischer, medizinischer und betriebswirtschaftlicher Sicht, Garantie der Pflegequalität, Begleitung der Change-Prozesse, Umgang mit dem Widerstand der Pflegeteams, Massnahmen zur Verhinderung von Kündigungen und mögliche Pläne für weitere Zusammenlegungen**

Von Tanja Maag Sturzenegger (AL), Dr. David Garcia Nuñez (AL) und 35 Mitunterzeichnenden ist am 31. August 2022 folgende Dringliche Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Aus Gründen der Rentabilität werden im Gesundheitswesen immer wieder Entscheidungen getroffen, die Abläufe verschlanken sollen. Diese "Ökonomisierung der Medizin" findet oft ohne Wissen und auf dem Rücken der betroffenen Fachkräfte statt. Diese Priorisierung von finanziellen Aspekten vor denjenigen einer qualitativ hochstehenden Patient:innenversorgung führen zur Frustration in den betroffenen Teams und letztlich zur Kündigung ihrer Mitglieder, wodurch sich die Situation in den betroffenen Institutionen nochmals verschärft.

Die Planung von Zusammenlegungen von Einzelstationen zu Grossabteilungen im Stadtspital und der starke Widerstand des betroffenen Pflegepersonals lassen den Schluss zu, dass sich am Stadtspital aktuell eine derartige Negativspirale entwickelt. Im Zusammenhang mit dieser angekündeten Zusammenlegung von zwei Abteilungen im Triemli (L Ost und West) wandten sich Pflege-Mitarbeitende des betroffenen Teams in einem Brief an Mitglieder des Gemeinderats und erhoben diverse Vorwürfe gegenüber der Leitung des Stadtspitals

Bezugnehmend auf die erhobenen Vorwürfe in Bezug auf die geplante Zusammenlegung bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Überlegungen fliessen bei der Planung der Zusammenlegung der Abteilungen L Ost und West ein? Inwiefern macht die Zusammenlegung von derart unterschiedlichen Fachbereichen wie Kardiologie, Onkologie und Viszeralchirurgie aus pflegerischer, medizinischer und aus betriebswirtschaftlicher Sicht Sinn?
2. Wie kann eine spezialisierte und individualisierte Pflege in einer "gemischten Abteilung" garantiert werden? Erachtet es der Stadtrat als opportun, dass onkologische Patient:innen sich dasselbe Stockwerk wie die Neugeborenen teilen müssen? Wurden dazu Meinungen bei den betroffenen Personen (Patient:innen, Pflege, Ärzt:innenschaft, etc.) eingeholt?
3. Wie werden Change-Prozesse wie die der Abteilungszusammenlegungen begleitet? Welche Instrumente werden zur Evaluation und Qualitätssicherung eingesetzt? Wie werden betroffene Führungspersonen in solche Change-Prozesse einbezogen? Wie wird das Pflege- und Betreuungspersonal einbezogen? Wie werden personelle Veränderungen im Zuge von Abteilungs-Fusionierungen angegangen und wie kommuniziert? Welche Mitsprache- und Mitentscheidungsmöglichkeiten werden den erwähnten Mitarbeitenden zugesprochen?
4. Wurden im Stadtspital bereits in der Vergangenheit schon Stationszusammenlegungen nach diesem Konzept umgesetzt? Wenn ja, wie haben sich diese medizinisch, pflegerisch und betriebswirtschaftlich ausgewirkt?
5. Im Vorfeld der geplanten Zusammenlegung der zwei genannten Stationen hat sich Widerstand in den Pflegeteams formiert. Folglich wurde das Gespräch mit Führungspersonen gesucht. Welche Instanzen der Führungskette waren mit den Betroffenen in Kontakt? Welche Resultate ergaben diese Gespräche? Inwiefern haben diese Gespräche die anstehenden Entscheidungen beeinflusst? Welche Möglichkeiten / Alternativen wurden dem Team aufgezeigt? Wie erklärt es sich der Stadtrat, dass trotz mehrfacher Gespräche die Vorbehalte und Widerstände auf Seiten des Teams nicht aufgelöst werden konnten?

6. Wie viele Pflege-Mitarbeitende der betroffenen Abteilungen haben im Zusammenhang mit der geplanten Zusammenlegung resp. im Zeitraum seit der Ankündigung ihre Kündigung eingereicht? Welche Schritte wurden unternommen, um solche Kündigungen zu verhindern?
7. Welche Auswirkungen hätte es für den Betrieb des Stadtsitals, falls aus dem betroffenen Team die Diplomierten Pflegefachpersonen geschlossen kündigen? Wie würden die entstehenden Wissenslücken geschlossen? Wie würde das Stadtsital auf die negative Publicity reagieren?
8. Sind im Stadtsital weitere Stationszusammenlegungen nach diesem Konzept geplant? Wenn ja, wie viele und in welchem Zeitplan? Inwiefern fliessen die negativen Reaktionen aus der aktuellen Stationszusammenlegung in die weitere Umsetzungen ein? Sind Anpassungen am Konzept und/oder am Vorgehen zur Umsetzung geplant?
9. Neben den Vorwürfen in Bezug auf die geplante Zusammenlegung kritisieren die Mitarbeitenden weitere Missstände, wie das Fehlen basaler pflegerischer Instrumente (z. B. Blutdruckmessgeräte) oder elementarste Hilfsmittel (z. B. Rollstühle). Wie stellt sich der Stadtrat zu den erhobenen Vorwürfen? Falls der Stadtrat diese Einschätzung der Problematik nicht teilen sollte, wie erklärt er sich diese Wahrnehmung auf Seiten der Mitarbeitenden? Wie sieht das weitere Vorgehen aus?

Mitteilung an den Stadtrat

**542. 2022/414**

**Schriftliche Anfrage von David Ondraschek (Die Mitte) und Liv Mahrer (SP) vom 31.08.2022:**

**Zusätzliche Nutzungsmöglichkeiten von Modularpavillons, Anwendungen bei weiteren Bauten, Vergleiche zu anderen Gebäudetypen bezüglich Emissionen, Kosten, Flexibilität und Netto-Null-Bilanz**

Von David Ondraschek (Die Mitte) und Liv Mahrer (SP) ist am 31. August 2022 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Aufgrund stark anwachsender Schülerinnen- und Schülerzahlen und der vorherrschenden Raumknappheit werden an diversen Schulen der Stadt Zürich sogenannte Modularpavillons temporär verwendet; zumeist bis Neu- oder Ergänzungsbauten der Schulhäuser getätigt wurden. Aus dieser Not liesse sich eine Tugend machen, wenn sich das Konzept der Modularpavillons längerfristig oder auch anderweitig lohnt.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie sehen die Pläne der Stadt bezüglich der weiteren Nutzung bestehender Modularpavillons aus?
2. Gibt es Überlegungen oder Pläne das Konzept der Modularpavillons auch zukünftig bei Bauten zu berücksichtigen? Wenn ja, in welchen Bereichen, bzw. in welcher Funktion?
2. Wie unterscheiden sich mittel- und langfristig Modularpavillons von anderen Gebäudetypen bezüglich:
3. indirekter Gebäudeemissionen?
4. Kosten für Bau und Unterhalt?
5. Flexibilität die Räumlichkeiten zeitnah andernorts einzusetzen?
6. Freiheitsgrade der räumlichen Nutzung?
7. Wärmeisolierung und Klimatisierungsmöglichkeiten unter Berücksichtigung der Netto-Null-Ziele?
8. Wie bilanziert der Stadtrat die obigen Vergleiche insgesamt?

Mitteilung an den Stadtrat

**543. 2022/415**

**Schriftliche Anfrage von Tiba Ponnuthurai (SP) und Marco Denoth (SP) vom 31.08.2022:**

**Entwicklung der Angebotsmieten, Entwicklung seit 1995 sowie Möglichkeit zur jährlichen Erhebung und zur öffentlichen Publikation der Daten**

Von Tiba Ponnuthurai (SP) und Marco Denoth (SP) ist am 31. August 2022 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

In vielen Gemeinden im Kanton Zürich steigen die Mieten. Leider fehlen aber öffentlich zugängliche Daten zur Entwicklung der Angebotsmieten (also der Entwicklung der Mieten, der Wohnungen, die neu vermietet werden) in Zürich.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie haben sich die Angebotsmieten in der Stadt Zürich seit 1995 entwickelt? Wir bitten, die jährliche Entwicklung der durchschnittlichen Quadratmeterpreise der Angebotsmieten aller Mietwohnungen auf Gemeindeebene auszuweisen.
2. Wenn der Stadtrat entsprechende Zahlen nicht herausfinden kann, bitten wir um eine entsprechende Schätzung.
3. Falls der Stadtrat die Angebotsmieten in Zürich zur Zeit nicht erhebt: Kann sich der Stadtrat vorstellen, entsprechende Zahlen jährlich zu erfassen und öffentlich zu publizieren?

Mitteilung an den Stadtrat

**544. 2022/416**  
**Schriftliche Anfrage von Rahel Habegger (SP) und Nadia Huberson (SP) vom 31.08.2022:**  
**Lohngleichheit bei den städtischen Mitarbeitenden, Vergleich zu anderen öffentlichen Verwaltungen, Einschätzung und Gründe für die Abweichung, Analysen nach Departementen und weitere Massnahmen**

Von Rahel Habegger (SP) und Nadia Huberson (SP) ist am 31. August 2022 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Die Stadt Zürich setzt sich seit einigen Jahren für Lohngleichheit ein. Lohngleichheit ist auch ein Ziel im Gleichstellungsplan 2019 - 2022. Die Stadt Zürich hat 2021 zum zweiten Mal nach 2017 eine Lohngleichheitsanalyse durchgeführt, um die Einhaltung des Grundsatzes «Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit» bei den städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu überprüfen. Gemäss Medienmitteilung liegt der nicht erklärbare Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern in der Verwaltung der Stadt Zürich bei 1,1 Prozent. Es kann wohlwollend zur Kenntnis genommen werden, dass dieser Wert nicht allzu hoch ist. Dennoch wäre es falsch, sich mit dem Wert zufrieden zu geben.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie liegt die Stadt Zürich im Vergleich zu anderen öffentlichen Verwaltungen?
2. Handelt es sich bei den 1,1 Prozent um eine Zufallsabweichung oder verdienen Frauen wirklich 1,1 Prozent weniger?
3. Wenn Frauen wirklich 1,1 Prozent weniger verdienen, was wird dagegen unternommen? Welche Massnahmen sind geplant?
4. Was sind die Gründe für die 1,1 Prozent?
5. Wurden Analysen nach Departementen gemacht oder sogar für grössere Dienstabteilungen, um konkrete Massnahmen zu treffen?
6. Wenn Analysen gemacht wurden, gibt es grosse Unterschiede zwischen den Departementen?
7. Was gedenkt die Stadt Zürich weiter im Bereich der Lohngleichheit zu tun?

Mitteilung an den Stadtrat

**545. 2022/417**  
**Schriftliche Anfrage von Dr. Frank Rühli (FDP), Roger Föhn (EVP) und 18 Mitunterzeichnenden vom 31.08.2022:**  
**Abbau von Parkplätzen im Rahmen der Umsetzung einer Velovorzugsroute in Schwamendingen, geprüfte Varianten zur lokalen Kompensation des Abbaus sowie Einfluss auf das lokale Gewerbe und die Anwohnenden**

Von Dr. Frank Rühli (FDP), Roger Föhn (EVP) und 18 Mitunterzeichnenden ist am 31. August 2022 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:



Die Stadt Zürich plant zwecks Umsetzung einer Velovorzugsroute an der Stettbachstrasse, Roswiesenstrasse und Altwiesenstrasse auf den Abschnitten Stettbachweg bis Dübendorfstrasse, Dübendorfstrasse bis Altwiesenstrasse und Roswiesenstrasse bis Helen-Keller-Strasse den Abbau von 120 Parkplätzen in der blauen Zone und 12 Parkplätzen in der weissen Zone (öffentlicher Planaufgabe inklusive Verkehrsvorschriften vom 17. Juni 2022).

Dies bedeutet einen Abbau von 67% der Parkplätze in der blauen Zone und 75% der Parkplätze in der weissen Zone an diesen Strassen. Damit wird es insbesondere für Anwohner, lokale Gewerbetreibende und Besucher fast unmöglich einen Parkplatz - auch nur für kurze Dauer (bspw. Güterumschlag wie Ein-/Ausladen von schweren Einkäufen) - zu finden.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Varianten hat der Stadtrat geprüft, um diesen massiven Parkplatzabbau lokal kompensieren zu können?
2. Sieht der Stadtrat abschliessend keine Möglichkeit diesen Abbau lokal zu kompensieren?
3. Denkt der Stadtrat, dass dieser massive Parkplatzabbau keinen negativen Einfluss auf das lokale Gewerbe und Anwohner hat? Bitte um Begründung der Antwort.

Mitteilung an den Stadtrat

#### **546. 2022/418**

**Schriftliche Anfrage von Regula Fischer Svosve (AL), Monika Bättschmann (Grüne) und 1 Mitunterzeichnenden vom 31.08.2022:**

**Erneuerung der Tramgeleise der Linie 13, Gründe für ein fehlendes Ersatzangebot mit wendigen Kleinbussen, Ausgestaltung und Nutzung des Angebots für Menschen mit eingeschränkter Mobilität sowie Information über die aktuellen Transportmöglichkeiten**

Von Regula Fischer Svosve (AL), Monika Bättschmann (Grüne) und 1 Mitunterzeichnenden ist am 31. August 2022 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Zwischen Wipkingerplatz und Ottenbergstrasse müssen die Tramgeleise und die Kanalisation erneuert werden. Die Bauzeit reicht vom Mai 2022 bis November 2023 und bedingt die Einstellung der Linie 13 ab Juli 2022 bis August 2023 vom Escher Wyss Platz bis Frankental.

Die Grossbaustelle ist sehr gut organisiert und wird etappenweise ausgeführt. Gegen die Erneuerung der Tramgeleise und Fahrleitungen, der Ausrüstung der Haltestellen sowie der Erneuerung der Kanalisationen, der Wasser- und Stromversorgungsleitungen lässt sich nichts sagen, diese Unterhaltsarbeiten scheinen nötig zu sein.

Inakzeptabel ist jedoch das fehlende Ersatzkonzept für den Ausfall der Tramlinie 13. Der Ersatzbus ab Escher-Wyss-Platz folgt der 46er Buslinie und deckt die Bedürfnisse der alten und mobilitätseingeschränkten Menschen nicht ab, da die Haltestelle Lehenstrasse zwei Querstrassen oberhalb der Haltestelle Waidfussweg liegt. Der steile Weg Richtung Sydefädeli ist für mobilitätseingeschränkte Menschen keine Option. Die alten Menschen an diesen Strassen, die Bewohner:innen der SAW und die über 90 Bewohner:innen des Gesundheitszentrums für das Alter «Sydefädeli» sind damit während 13 Monaten praktisch von der Umwelt abgeschnitten.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Weshalb setzt die VBZ nicht kleine, wendigere Busse ein, die in regelmässigen Zeitabständen die unterbrochene Strecke bedienen?
2. Für Menschen mit eingeschränkter Mobilität wurde ein Angebot mit einem ortsansässigen Taxiunternehmen und mit Gutscheinen versprochen. Wird dieses Angebot bereits umgesetzt?
3. Falls ja, wie ist das Angebot konkret ausgestaltet? Gibt es ein regelmässig verkehrendes «Shuttle Taxi» zwischen Sydefädeli und Escher-Wyss-Platz oder muss das Fahrzeug für jede Fahrt separat angeboten werden? Was sind die bisherigen Erfahrungen? Welche Rückmeldungen wurden wo eingeholt?
4. Wie werden am Escher-Wyss-Platz alte und mobilitätseingeschränkte Menschen über die aktuellen Transportmöglichkeiten informiert? Wie sieht der Schutz in den Wartezonen vor Witterungseinflüssen aus?

Mitteilung an den Stadtrat

## **K e n n t n i s n a h m e n**

- 547. 2022/345**  
**Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Martin Götzl (SVP) vom 13.07.2022:**  
**Verhinderung von Mottowochen mit dem Thema «Geschlechtertausch» an den Volksschulen**

Samuel Balsiger (SVP) zieht das Postulat zurück.

Mitteilung an den Stadtrat

- 548. 2022/278**  
**Dringliche Schriftliche Anfrage von Anna Graff (SP), Dominik Waser (Grüne) und 60 Mitunterzeichnenden vom 22.06.2022:**  
**Erhöhte Aktivität und Sichtbarkeit rechtsextremer Gruppierungen, Vorfälle rechtsextremer Gewalt gegen Communities, Möglichkeiten für ein offensiveres Vorgehen gegen rechtsextreme Gewalt und Strategie zur Bekämpfung von Hate Crimes gegen queere und trans Menschen**

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Schriftliche Anfrage (STRB 720 vom 24. August 2022).

- 549. 2022/394**  
**Petition vom 26.08.2022:**  
**Petition für eine lebensfreundliche und ökologische Stadtentwicklung**

Vom Eingang der «Petition für eine lebensfreundliche und ökologische Stadtentwicklung» vom 26. August 2022 wird Kenntnis genommen.

Nächste Sitzung: 7. September 2022, 17 Uhr.